



TS aktuell

ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG



Redaktion: SPD Tempelhof-Schöneberg · Hauptstraße 100 · 10827 Berlin · redaktion@tsaktuell.de · www.tsaktuell.de

BERLINER LEBEN

Tipps für die Sommerferien in Berlin

Seite 7

IN KOOPERATION MIT DEM

Berliner Stadtblatt

DEUTSCHLAND + EUROPA

Steuerhinterziehung – kein Kavaliersdelikt Seite 10



PHOTO: HUBER/IN: BEEK

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger, das Leitthema dieser »TS aktuell« ist »Soziale Gerechtigkeit«. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten heißt das gleiche Chancen für alle in der Bildung und im Beruf, gute und sichere Renten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Gleichstellung von Frau und Mann – und, dass starke Schultern finanziell mehr tragen als schwache.

Eine zentrale Forderung der SPD ist seit Jahren die Einführung eines flächendeckenden, branchenunabhängigen Mindestlohns von 8,50 €. Wir wollen, dass Menschen von ihrem Lohn auch leben können, ohne sich am Ende des Monats beim Jobcenter ergänzende Leistungen holen zu müssen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung, allen voran Kanzlerin Merkel, tut jetzt so, als wäre sie immer für Mindestlöhne gewesen, genauso wie sie immer für den Atomausstieg und die Abschaffung der Wehrpflicht gewesen sein will.

Die SPD wird im Wahlkampf deutlich machen, dass nur mit einer von ihr geführten Bundesregierung soziale Gerechtigkeit wirklich nachhaltig herzustellen ist. Dafür stehen wir seit 150 Jahren.

Ihre Dilek Kolat

Kreisvorsitzende der SPD Tempelhof-Schöneberg

Was unter Schwarz-Gelb aus dem Lot geraten ist, muss wieder ausgeglichen werden.

Soziales Gleichgewicht – gerechte Gesellschaft!



Es geht um nicht weniger als die Zukunft Deutschlands. Mit Perspektive und Gerechtigkeit. Diesem Ziel hat sich die Sozialdemokratie für die kommenden Jahre verschrieben.

Es ist die Vision einer gerechten Gesellschaft, mit der die SPD zur Bundestagswahl am 22. September antritt. Aus der „marktkonformen Demokratie“, wie sie von der schwarz-gelben Koalition durchgestochen wird, soll wieder eine den Menschen gerechte Demokratie werden. Dies geschieht ganz im Sinne von Willy Brandt. Der erste sozialdemokratische Kanzler der Bundesrepublik hat mit dem Satz „Mehr Demokratie wagen!“ die Zeit des sozialen Aufbruchs zu Beginn der 1970er-Jahre geprägt. Nun gilt es mehr Solida-

rität zu wagen – etwa für wertvolle Arbeit, eine Rente, die den Lebensunterhalt sichert, und Wohnraum, der bezahlbar bleibt.

Solidarische Demokratie

„Mir geht es um die Ökonomie der Gerechtigkeit“, erklärte Peer Steinbrück dazu Ende März in der »ZEIT«: „Soziale Gerechtigkeit ist eine Bedingung für wirtschaftliche Leistungskraft – und umgekehrt. Was sozial gerecht ist, ist auch ökonomisch sinnvoll.“ Der Mindestlohn von 8,50 Euro, wie ihn die SPD fordert, verschaffe den Menschen ein Einkommen, von dem sie leben können. „Und gleichzeitig stärkt er die Kaufkraft und stabilisiert die Sozialkassen.“ Andere Länder in der Europäischen Union

haben mit dem Mindestlohn gute Erfahrungen gemacht.

Der Lohn der Arbeit muss aber auch im Alter Bestand haben. Wer lange gearbeitet hat, wird nicht mehr zum Sozialamt gehen müssen, um die Rente aufzustocken, damit es ein Auskommen gibt. Bei 40 Versicherungs- und 30 Beitragsjahren wird es eine Solidarrente von mindestens 850 Euro geben. Wer nicht mehr arbeiten kann, wird ohne Abschläge die Erwerbsminderungsrente bekommen.

Zu den Visionen für eine solidarische Demokratie zählt auch bezahlbares Wohnen. Der Deutsche Mieterbund (DMB) hat für Berlin eine durchschnittliche Bestandsmiete von 5,83 Euro pro Quadratmeter im vergangenen Jahr errechnet. Bei Neuvermietungen wurde bereits ein Qua-

dratmeterpreis von 6,60 Euro aufgerufen. Dies entspricht einer Steigerung von 13 %. Im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten mag dies vordergründig moderat erscheinen. Doch die Experten des DMB weisen darauf hin, dass die Neumieten von heute die Vergleichsmieten von morgen sind. Grund für den rasanten Einstieg ist eine Gesetzeslücke. Bei Abschluss eines Neuvertrags können die Vermieter die Preise nahezu nach Belieben festsetzen.

Die SPD wird das wirksam begrenzen. Bei Wiedervermietungen wird die Preissteigerung zehn Prozent nicht übersteigen dürfen. Und: Gebühren für den Makler wird bezahlen müssen, wer ihn beauftragt hat. **MTH**

► **Schwerpunkt-Thema · Seite 3**

UNSERE THEMEN

Engagement: BürgerInnen gegen Neonazis Seite 2

Entscheidung: Schiedspersonen im Bezirk Seite 4

Investition: Kitas, Schulen, Wohnungsbau Seite 5

Online-Portal: Der Weg zum Kita-Platz Seite 6

Jubiläum: 150-jähriges Bestehen der SPD Seiten 8+9

Teilhabe: Einbürgerungen in Berlin Seite 11

Rückblick: John F. Kennedy in Schöneberg Seite 12

„Das Leben ist bunt - und Humor ist, wenn frau trotzdem lacht“ ...

... so das Lebensmotto von Mechthild Rawert, der SPD-Direktkandidatin für Tempelhof-Schöneberg bei den Bundestagswahlen am 22. September.

Vielen ist sie als kompetente und engagierte Politikerin, als »Frau an meiner Seite« bekannt, wenn es um die Vertretung ihrer Interessen geht. Engagement vor Ort ist das Fundament einer lebendigen Demokratie.

Mechthild Rawert arbeitet seit 2005 im Gesundheitsausschuss und im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages. Sie steht für Chancengleichheit, Vielfalt, für Zusammenhalt und Teilhabe für jede und jeden.

Als Sprecherin der Berliner Landesgruppe kämpft sie für uns in Tempelhof-Schöneberg: Für höhere Wertschätzung und gutes Einkommen für alle – auch für Beschäftigte im Bereich »Gesundheit und Soziales«. Für eine würdevolle Pflege und die Solidarrente. Für bezahlbares Wohnen. Für Barrierefreiheit. Für Liebe und Ehe für alle.

Die Sozialpädagogin und Diplom-Pädagogin hat viel Berufserfahrung: in der Sozialpädagogischen Fortbildungsstätte »Haus am Rupenhorn«, beim »Sozialdienst katholischer Frauen«, in der Arbeits- und Beschäftigungspolitik – und in der Charité als erste zentrale Frauenbeauftragte.



GEMEINSCHAFTS- SCHULE FÜR TEMPELHOF PRÜFEN

Auf Initiative der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen hat die Bezirksverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 20. März beschlossen, die Einrichtung einer ersten Gemeinschaftsschule in Tempelhof durch das Bezirksamt prüfen zu lassen.

Insbesondere die Ludwig-Heck-Schule in Mariendorf und das benachbarte Gebäude der ehemaligen Hermann-Köhl-Schule werden als mögliche Standorte vorgeschlagen. Bei der Prüfung sollen vor allem die sozialräumliche Struktur des Ortsteils, die vorhandenen Angebote der Jugendarbeit und natürlich die Schulen selbst von Beginn an einbezogen werden. In Schöneberg gibt es bereits seit 2012 eine Gemeinschaftsschule am Grazer Platz.

STADTEIL-TAG VON LARS OBERG

Wohnungslosigkeit und Armut gibt es auch in unseren lebendigen Kiezen, manchmal offensichtlich, oft aber auch im Verborgenen.

Nachdem die sehr erfolgreichen und mittlerweile traditionellen »Stadteiltage« von Lars Oberg – dem für Schöneberg direkt gewählten Abgeordneten im Berliner Landesparlament – in den letzten Jahren unter dem Zeichen »Lebenswertes und familienfreundliches Schöneberg« standen, geht es in diesem Jahr um die Situation bedürftiger Menschen in den Kiezen in Schöneberg.



LARS OBERG (MdA)

FOTO: KEGEL

Am Donnerstag, 8. August 2013 findet Lars Obergs nächster »Stadteiltag« statt. Der Tag beginnt mit einer Verteilung von Infomaterial, morgens ab 8.00 Uhr an der Julius-Leber-Brücke.

Danach besucht der Abgeordnete das Frauenobdach »Plus+« in der Czerninskistraße und die neu eröffnete Wohnungslosentagesstätte des »Union Hilfswerks« in der Gustav-Freytag-Straße / Ecke Fritz-Reuter-Str.

Von 14.00 bis 16.00 Uhr steht Lars Oberg bei einer Mobilen Sprechstunde an der Kreuzung Hauptstraße / Dominicusstraße für Fragen und Gespräche zur Verfügung.

Zur Begehung des Neuen Zwölf-Apostel-Kirchhofs (Werdauer Weg) sind von 16.30 bis 18.00 Uhr alle Interessierten herzlich eingeladen. Mit einem Informationsgespräch zum Thema »Sozial- und Ordnungsbehördliche Bestattungen« endet der »Stadteiltag«.

Lars Oberg steht übrigens auch sonst regelmäßig für Gespräche zur Verfügung. Zu seiner Sprechstunde lädt er montags von 16.00 bis 17.00 Uhr in sein Wahlkreisbüro in der Hauptstraße 8, 10827 Berlin (Nähe U-Bhf. Kleistpark) ein.

► www.lars-oberg.de

Courage gegen Rechts

Die Friedenauer lassen sich nicht einschüchtern

Wiederholt haben in letzter Zeit rechtsextremistische Tötlichkeiten die Friedenauer Bürgerinnen und Bürger erschreckt. Nach dem Angriff auf einen jüdischen Mitbürger und die fremdenfeindlichen Schmierereien an einem Asia-Imbiss nun mit schwarzer Farbe beschmierte Stolpersteine, diskriminierende Sprüche an und vor der Moschee in der Hedwigstraße, Aufkleber an Geschäften in der Rheinstraße, Hetzparolen an der Wohnungstür einer engagierten Anwohnerin. Trotz sofortiger Anzeigen bei der Polizei sind die Täter bis heute unbekannt.

Die engagierte Friedenauer Bürgerschaft hat sich sofort an die Reinigung der beschmierten Stolpersteine und der erst kürzlich in der Stierstraße verlegten Stolpeschwelle gemacht; allen voran die Mitglieder der »Initiative Stolpersteine«, ebenso wie die Friedenauer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Die Mitglieder der Friedenauer Arbeiterwohlfahrt (AWO) haben die Patenschaft über 20 Stolpersteine und die Stolperschwelle in der Stierstraße übernommen; deren erste Reinigungsaktionen gingen bereits über die Bühne.

Der Hinweis, dass eine Kneipe in Friedenau sich als »Vereinslokal« der NPD zur Verfügung gestellt hat, muss noch auf Richtigkeit überprüft werden.



PUTZEN DER STOLPERSTEINE | In der Stierstraße in Friedenau

FOTO: LIEBCHEN

Die Philippus-Nathanael-Kirchengemeinde, die Friedrich-Bergius-Oberschule am Perelsplatz, die Friedenauer SPD, deren Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert, die Arbeiterwohlfahrt Friedenau und nicht zuletzt die Initiative Stolper-

steine selbst und viele engagierte Friedenauerinnen und Friedenauer werden sich nicht einschüchtern lassen und für ihre Ziele der Vielfalt jeder Art und gegen neonazistische Störaktionen weiterhin eintreten.

EVA LIEBCHEN

Nicht wegsehen, sondern melden!

Hakenkreuze an Hauswänden, beschmierte Stolpersteine, Pöbeleien gegen Menschen, die keine Nazi-Propaganda in ihren Briefkästen wollen – sind das Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten?

Diese Unterscheidung ist wichtig für die Statistik. Straftaten, bei denen das Landeskriminalamt ermittelt, werden erfasst, Ordnungswidrigkeiten dagegen nicht, es sei denn, die Betroffenen erstatten Anzeige.

Bürger, Initiativen, Vereine – gemeinsam gegen Neonazis

Um diese Lücke in der Bewertung vom Ausmaß rechter Aktivitäten zu schließen, wurde »Register« gegründet – eine Initiative, die Beobachtungen der BürgerInnen von Schmierereien, rassistischen Pöbeleien, antisemitischen Parolen usw. in Friedrichshain-Kreuzberg sammelt. Jeder, auch wenn er nicht persönlich betroffen ist, kann sich dort melden. Auf diese Weise ergibt sich ein aussagekräftiges Bild, von dem auch Polizei und Politik profitieren.

Laut Bernd Palenda, dem Leiter des Berliner Verfassungsschutzes, geht die Organisation der Neonazis in festen Partiestrukturen zwar zurück, was aber nicht zu einem Rückgang

rechter Straftaten führt. Im Gegenteil: »Lose Strukturen fördern spontane individuelle Gewalttaten«, so Palenda.



Nach den jüngsten Schmierereien an Hauswänden eines türkischen Kulturzentrums sowie türkischen und arabischen Frauenprojekten, der Schändung von Stolpersteinen, dem Angriff auf eine jüdische Transsexuelle im Schöneberger Norden und antimuslimischen Sprüchen an der Moschee in Friedenau setzt sich die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung für ein »Register« auch in Tempelhof-Schöneberg ein.

Eva Högl, SPD-Bundestagsabgeordnete für Berlin-Mitte und Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss, weist auf die erfolgreichen Initiativen und Projekte in den östlichen Bezirken hin. »Davon kann auch der Westen profitieren!«

PETRA RUDOLPHI-KORTE

Weitere Informationen zur Initiative »Register«:

► www.register-friedrichshain.de

Säntisstraße: Kleingärten retten

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Tempelhof-Schöneberg wird sich mit einem Einwohnerantrag zu den Bauvorhaben auf den Flächen der Kleingartenanlage an der Säntisstraße befassen.

Für das Zustandekommen eines Einwohnerantrags werden 1.000 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern aus dem Bezirk benötigt. Die Initiatoren haben fast 3.000 Unterschriften gesammelt und diese der BVV übergeben.

Bereits im Februar 2010 – kurz nach Veräußerung der Kolonienfläche an einen privaten Investor – hatte sich die BVV für den Erhalt der Kleingärten ausgesprochen. Da dieser Beschluss durch den damaligen Baustadtrat Bernd Krömer (CDU) weder an die Senatsverwaltung weitergegeben, noch in die damals laufenden Verhandlungen zum »Stadtentwicklungsplan Industrie und Gewerbe« eingebracht wurde, ist die Fläche nun für Gewerbenutzung ausgewiesen.



KOLONIE SÄNTISSTRASSE | Die künftige Nutzung bleibt unsicher

FOTO: ROSSA

Statt sich aktiv für den Erhalt der Kleingärten einzusetzen, wurden dem Investor durch Krömer erste Bauvorbescheide erteilt.

Juristische Hürden

Die besondere Schwierigkeit, der sich die KleingärtnerInnen und AnwohnerInnen an der Säntisstraße nunmehr gegenüber sehen, liegt darin, dass dem Bezirksamt zum jetzigen Stand des Verfahrens keine planungsrechtlichen Möglichkeiten mehr zur Verfügung stehen, um einen Erhalt der Kolonie sicherzustellen.

Die SPD Tempelhof-Schöneberg hat das Zustandekommen des Einwohnerantrags mit einem Beschluss vom 19. April 2013 unterstützt und insbesondere das Vorgehen des ehemaligen Stadtrats Krömer scharf kritisiert. Eine Beratung und Abstimmung über den Inhalt des Einwohnerantrags wird voraussichtlich im August in der BVV erfolgen.

JAN RAUCHFUß

GLEICH UM'S ECK · LÄDEN IM KIEZ

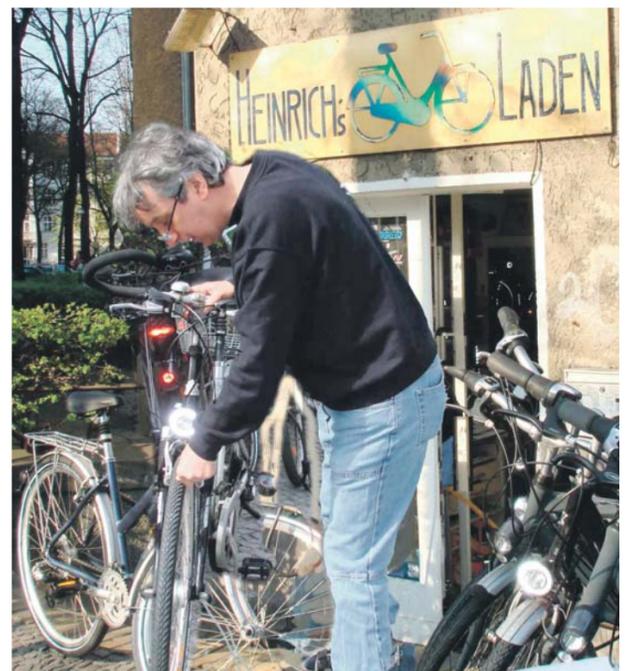
Rad und Tat bei Heinrich

Herr Heinrich, hier ist ein Patient für Sie! – Mit diesen Worten schiebt eine ältere Dame ein betagtes Fahrrad auf den kleinen Platz vor »Heinrich's Fahrradladen« in der Tempelhofer Kaiserin-Augusta-Straße. Der »Fahrraddoktor« wirft einen prüfenden Blick, und die Diagnose steht: »Tja – da ist wohl eine Frühjahrskur fällig!«

Seit 26 Jahren ist Heinrich Riebold im Geschäft, inzwischen beschäftigt er einen Angestellten und einen Azubi. »Anfangen haben wir, wie es damals üblich war, als Kollektiv in Kreuzberg. Reparaturwerkstatt und Woll – das hatten sich die Frauen gewünscht. Aber wir Jungs mussten auch im Wollverkauf ran, und die Mädchen haben Fahrräder repariert.«

Kundendienst bis nach Hause

Seit 16 Jahren gibt es die kleine Fahrradwerkstatt, ein typischer Kiezladen. Man kennt sich und bleibt gerne ein Weilchen, nur so zum Fachsimpeln. Die Geschäfte laufen gut, und Kundendienst hat hier oberste Priorität. »Wenn es sein muss, fahren wir auch schon mal zu einer Kundin, die nach der Winterpause den Keller nicht aufbekommt, in dem ihr Fahrrad steht«, erzählt Heinrich Riebold. Verkauft wird hochwertige, robuste Qualitätsware. »Renneräder sind hier nicht so der Renner.« Gibt es in Tempelhof nicht auch einen Trend zu E-Bikes? Die Altersstruktur müsste das doch nahelegen ... »E-Bikes verkaufe ich ungern.



SERVICESTARK | Heinrich Riebold vor seinem Fahrradladen

FOTO: RUDOLPHI-KORTE

Die Batterietechnik ist noch nicht ausgereift. Manchmal gehen sie spontan in Flammen auf und sind dann kaum zu löschen. Wenn sowas im Keller passiert, ist das sehr gefährlich.«

Tempelhof und das Radwege-Problem

Und dann kommt Heinrich auf das zentrale Problem in Tempelhof: die schlechte Radweg-Infrastruktur. »Ich rate allen Kunden davon ab, auf dem südlichen Tempelhofer und Mariendorfer Damm Fahrrad zu fahren. Das ist lebensgefährlich!« Seit vielen Jahren ist man über den »FahrRat« mit der Bezirksver-

waltung im Gespräch. Oliver Schworck, Stadtrat, schildert das Problem: »Wir könnten nur die Parkspur in einen Radweg umwandeln – aber dann gehen die Einzelhändler auf die Barrikaden!« Eine Lösung des Problems sieht er im fahrradfreundlichen Umbau der Seitenstraßen. Aber das kostet: Geld, Zeit und nicht zuletzt die Geduld der Radfahrer!

PETRA RUDOLPHI-KORTE

► Heinrich's Fahrradladen
Kaiserin-Augusta-Str. 3
12099 Berlin-Tempelhof
► Telefon 030-75 70 49 99
► www.heinrichs-fahrradladen.de

Umfairteilen – Zusammenhalt stärken

Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern

VON MECHTHILD RAWERT

Die Schere der Einkommens- und Vermögensverteilung geht auseinander. Das muss sich ändern! Die SPD erneuert Deutschland durch mehr Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen, durch mehr Investitionen in Bildung, in eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur und in lebenswerte Kommunen. Von dieser Verteilungsgerechtigkeit profitieren alle.

Aller Entschärfung und Schönfärberei der schwarz-gelben Bundesregierung zum Trotz sind die Ergebnisse des 4. Armuts- und Reichtumsberichts sozialpolitische Sprengsätze: Unsere Gesellschaft driftet auseinander. Das untere Zehntel der Gesellschaft ist ärmer geworden und das obere Zehntel reicher. Noch nie hat es in Deutschland solch extreme Einkommensarmut und extrem steigende Spitzeneinkommen gegeben. Die untere Hälfte der Gesellschaft verfügt nur über 1,2 % des Nettovermögens. Die reichsten 10 % besitzen mehr als die Hälfte allen Vermögens. 12 Millionen Menschen sind von Einkommensarmut betroffen.

Peer Steinbrück stellt die soziale Frage

Eine solche Einkommensspreizung verletzt das Gerechtig-

keitsempfinden der Bevölkerung. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist gefährdet. Sie ist auch problematisch für unsere Demokratie: Immer mehr Menschen trauen »der Politik« eine Lösung ihrer Probleme nicht mehr zu. Sie gehen nicht mehr wählen, üben politische Abstinenz. Das ist aber keine Lösung.

Denn »die Politik« gibt es nicht: Während Kanzlerin Merkel erklärt: »Die Einkommensungleichheit ist gesunken« und Schwarz-Gelb weitere Maßnahmen zur Verfestigung von Ungleichheit trifft, stellt SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück die soziale Frage: »Die gesellschaftliche Spaltung vertieft sich: Die Einkommens- und Vermögensverteilung driftet auseinander, Parallelgesellschaften verfestigen sich. Nicht nur unten, sondern auch oben: Es gibt Spitzenverdiener und Vermögende, die kein Interesse mehr an öffentlichen Leistungen haben, an sozialen Sicherungssystemen, an guten Schulen und Kitas und vielem mehr. Weil sie sich das alles privat kaufen können.«

Die SPD steht für mehr Verteilungsgerechtigkeit

Zusammen mit Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und vielen Bürgerinnen und Bürgern wollen wir die ungerechte

Politik der wenigen Gewinner, aber vielen Verlierer beenden: durch mehr Investitionen in Betreuung und Bildung, durch eine neue Ordnung auf dem Arbeits-

markt, durch einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € als Einstieg, durch höhere Lohnsteigerungen. Menschen wollen von ihrer Hände Arbeit leben kön-

nen. Wir unterstützen alle Familien und sorgen für mehr Barrierefreiheit vor Ort. Wir stärken die Handlungsfähigkeit der Politik vor Ort und bauen die Teilhabechancen für jede und jeden aus.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sagen ehrlich: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern. Zur nachhaltigen Finanzierung unseres Gemeinwohls ziehen wir aber nicht die Normalverdienenden, nicht die Krankenschwester oder den Lehrer, nicht den Maurer oder die Bäckerin, sondern die wohlhabenden Haushalte heran.

Wir reformieren das Ehegattensplitting und führen einen »Partnerschaftstarif« ein: PartnerInnen in Ehen wie in eingetragenen Partnerschaften werden künftig individuell besteuert, dabei werden gegenseitige Unterhaltspflichten berücksichtigt. Und: Unsere Neuregelung gilt nur für neu geschlossene Ehen.

Unser Steuerkonzept sieht weitere strukturelle Einnahmeverbesserungen vor: eine höhere Erbschaftssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die durch Banken zu zahlende Finanztransaktionssteuer, eine Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von

Boni und Abfindungen bei Vorstands- und Managergehältern, steuerliche Subventionen mit negativer ökologischer Wirkung werden gestrichen, Steuerhinterziehung stärker verfolgt. Wir wollen Steueroasen trockenlegen und eine gerechte Vermögensbesteuerung in ganz Europa durchsetzen.

Mehr WIR, weniger Ich

Die SPD wird umsteuern! In unserem Regierungsprogramm zeigen wir klare Kante: für mehr soziale Gerechtigkeit, für den Ausbau des Programms »Soziale Stadt«, für gute Arbeit, für Solidarität, Toleranz und Chancengleichheit für jede und jeden. Wir sorgen für staatliche Handlungsfähigkeit und für sozialen Zusammenhalt. Gemeinsam werden wir die Spaltung unserer Gesellschaft überwinden. Machen Sie mit! Gehen Sie wählen!



Fakten zum SPD-Steuerkonzept

Durch die SPD-Pläne wird bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 64.000 € als Single bzw. 128.000 € als Ehepaar niemand stärker belastet als heute.

Ein Single mit einem zu versteuerndem Einkommen von 70.000 € zahlt im Monat 2,83 € Steuern mehr, bei 80.000 € sind es 20,66 €.

Ein Ehepaar mit zwei Kindern zahlt bei einem gemeinsamen monatlichen Bruttoeinkommen von 11.500 € pro Monat gerade einmal 17 Cent mehr Steuern.

Der neue Spitzensteuersatz von 49% greift erst ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 100.000 €. Singles würden dann im Monat 104,91 € mehr zahlen.



Das Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2013 können Sie als PDF laden: www.tsaktuell.de/programm

Auf neuen Wegen

SPD und Rentenpolitik – eine gewerkschaftliche Bewertung

EIN GASTKOMMENTAR VON INGO NÜRNBERGER

Zwölf Jahre sind seit der so genannten Riester-Reform vergangen. Mit dieser Rentenreform hat die rot-grüne Bundesregierung der teilweisen Privatisierung der Alterssicherung den Weg bereitet.

Gerade die jüngeren Beschäftigten müssen seitdem immer größer werdenden Lücken in der gesetzlichen Rentenversicherung privat hinterher sparen. Auch die »Rente mit 67« ist für viele nur eine weitere Renten kürzung. Die Arbeitgeber aber werden damit entlastet: Ihr gesetzlicher Rentenbeitrag wurde bei maximal 11 % gedeckelt.

Seit 2001 ist viel passiert: Die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist ins Rutschen geraten, immer mehr Menschen arbeiten für Niedriglöhne, von denen sie sich zusätzliche Vorsorge nicht leisten können. Außerdem hat die Kapitalmarktkrise gezeigt, welch gefährliches Roulette hier gespielt wird. Die Gefahr von Altersarmut steigt. Deshalb ist es gut, dass die SPD eine Bilanz ihrer Rentenpolitik gezogen hat und umsteuert. Das Regierungsprogramm enthält wichtige Ansätze, um die Gefahr von Altersarmut zu vermindern und für eine gerechtere Lastenverteilung zu sorgen:

► Die SPD will die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wiederherstellen – z. B. mit Mindestlöhnen und mit der Stärkung der



Tarifpolitik. Das ist klug: Denn nur aus anständig entlohnter Arbeit folgt auch eine anständige Rente. Auch die Einbeziehung von Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung ist ein wichtiger Schritt.

► Für langjährig Versicherte mit niedrigem Einkommen soll es eine Solidarrente geben, die oberhalb der bisherigen Grundversicherung im Alter liegt. Über technische Details des SPD-Vorschlags wird man sicher noch diskutieren müssen. Aber die Richtung stimmt.

► Die Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters soll so lange ausgesetzt werden, bis 50 Prozent der 60- bis 65-Jährigen eine sozialversicherungspflichtige Arbeit haben. Das gibt der Wirtschaft Zeit, überhaupt erst die Voraussetzungen für längeres Arbeiten zu schaffen.

► Die geplante deutliche Verbesserung der Erwerbsminderungsrente für diejenigen Versicher-

ten, die aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig ausscheiden müssen, ist ein zielsicheres Programm gegen Altersarmut. Ein Fünftel des Rentenzugangs eines Jahres würde davon profitieren – sie werden bislang im Durchschnitt mit 634 € Rente abgespeist.

Um einen Punkt drückt sich die SPD noch herum. Sie hat zwar erkannt, dass die Kürzungen des Rentenniveaus zu weit gehen, bietet dafür aber noch keine tragfähigen Lösungen an. Vor allem aber muss die SPD – im Falle einer Regierungsbeteiligung – in der nächsten Legislaturperiode ihre guten Vorschläge auch tatsächlich umsetzen. Sonst geht erneut Vertrauen verloren.

Ingo Nürnberger ist Abteilungsleiter Sozialpolitik beim DGB-Bundesvorstand und Mitglied des Bundesvorstands der Deutschen Rentenversicherung Bund.

„Gehalt mal Drei“

Akkordarbeit zum Niedriglohn – Einblicke in eine Branche

Die Diskussion um den Mindestlohn ist entbrannt. Ein Friseur aus Schöneberg rechnet durch, warum dieser gerechtfertigt ist.

Waschen, schneiden, fönen – alles im Akkord. Frank M. arbeitet als Friseur bei einem Discount-Anbieter im Schöneberger Norden. Alles zum Festpreis von acht Euro. »Da muss die Schere fliegen«, sagt der Friseur. Doch für Beratung bleibe keine Zeit, »manchmal nicht einmal für eine kurze Kaffeepause.« Eine halbe Stunde pro Kundin ist durchkalkuliert, Strähnchen inklusive. Kunden müssen schneller bedient werden. Frank M. muss Umsatz machen. »Es gilt in der Branche die Faustregel, dass jede Mitarbeiterin, jeder Angestellte seinen Brutto-lohn drei Mal als Umsatz reinholen muss. Jeden Tag. Jede Woche. Jeden Monat«, erzählt der Friseur, der unerkannt bleiben möchte. Freitags und samstags sei das kein Problem, doch wer gehe schon an einem Mittwochmorgen zum Haare schneiden?

Über einen Kamm geschert, verdient eine Friseurin oder ein Friseur laut Statistischem Bundesamt durchschnittlich knapp 16.000 € pro Jahr. Brutto. Hinzu kommt das Trinkgeld, das nicht versteuert werden muss und den Verdienst ein wenig aufbessert. Doch bei Discount-Frisuren zahlen die Kunden – wenn überhaupt – nur wenig Trinkgeld, denn die Kundschaft orientiert sich am Preis, nicht an Freundlichkeit, Beratung oder

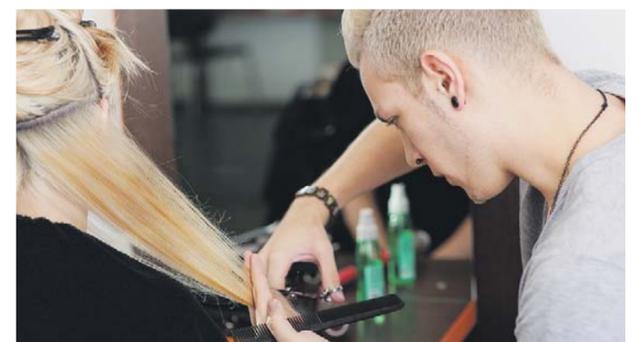
Service. Also muss der Lohn zum Lebensunterhalt reichen. Damit dem so ist, gelten im Friseurhandwerk zumindest in acht Bundesländern allgemeinverbindliche Tarifverträge, etwa in Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Salons müssen dort die im Tarifvertrag festgelegten Löhne zahlen und sich an die Arbeitszeiten halten, auch wenn sie nicht Mitglied im Innungsverband sind. Auch in Berlin/Brandenburg, wo der tarifliche Niedriglohn für Friseurinnen und Friseure mit abgeschlossener Berufsausbildung je nach Tätigkeitsgruppe zwischen 4,22 € und 6,24 € beträgt. Dies ergibt bei einer Wochenarbeitszeit von 37 Stunden einen Monatslohn zwischen 680 € und 1.005 € – weit unter dem statistischen Mittel.

„Viele sind Aufstocker“

Der Rest sei Dreisatz-Rechnen, erklärt Frank M, vor allem bei denjenigen Wettbewerbern, die ihre Dienstleistungen für fünf Euro anbieten. 680 € Lohn bedeuten 2.040 € Umsatz. »Das

heißt jeden Monat 408 Kunden bedienen«, fasst der Friseur zusammen, »und das heißt zunächst einmal, 408 Kunden im Monat zu haben.« Damit diese Salons dennoch wettbewerbsfähig bleiben, beschäftigten viele der Inhaber ihr Personal auf 400-Euro-Basis mit befristeten Verträgen und vertrösten sie mit Aussicht auf eine Festanstellung. »Viele meiner Kolleginnen und Kollegen in der Branche sind Aufstocker.« Das bedeutet, dass das Jobcenter Geld zuschießt, damit die Angestellten über die Runden kommen. Für Frank M. unverständlich, denn nur mit dieser Zuzahlung sei es den Saloninhabern möglich, Dumpingpreise anzubieten und am Markt durchzusetzen.

Dennoch: Frank M. mag seinen Beruf mit all seinen Strapazen. »Doch es wird Zeit, dass endlich ein Mindestlohn eingeführt wird«, so seine Meinung. »Dann gibt es ordentliche Frisuren für ordentliches Gehalt und nicht diese grellen Strähnen. Von der Konkurrenz.« **MTH**



ANSTÄNDIGE FRISUR | Oftmals ohne anständigen Lohn

AUFWERTUNG FÜR DIE CITY-WEST

Die Wiederbelebung der City-West macht einen großen Schritt nach vorne: Auf Initiative der SPD-Fraktion hat das Stadtentwicklungsamt eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe um das Berliner Planungsbüro »Planwerk« und die Verkehrsplaner Hoffmann-Leichter mit der Erarbeitung einer Planung und einer Machbarkeitsstudie zur Umgestaltung des östlichen Zugangs zur West-City beauftragt.

Teile der überbreiten Straßenzüge, wie Lietzenburger Straße und An der Urania könnten umgestaltet oder zu Bauflächen entwickelt werden. Damit soll nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung der West-City voran gebracht sondern auch Stadt- und ruhige Block-Innenbereiche gewonnen werden.

Die SPD Tempelhof-Schöneberg freut sich, dass sich das Bezirksamt dieses desolaten Stadtbereichs nun annimmt und hofft auf einen positiven Entwicklungsschub für den völlig unterbewerteten Bereich zwischen Wittenberg- und Nollendorfplatz. Erste Planungsüberlegungen wurden dem Stadtentwicklungsausschuss im Mai 2013 als Diskussionsgrundlage vorgestellt. Als wenig überzeugend erwies sich dabei eine der Planungsvarianten, auf dem Mittelstreifen der Straße An der Urania einen Marktplatz nach dem Vorbild des Wiener Naschmarktes anzuordnen, die hoch belastete Straße und die offenen Blockränder aber so zu belassen. Für die SPD ist klar: Die Stadtstruktur »krank« an dieser Stelle und bedarf eines echten Eingriffs. Ein bisschen »Schminke« wird hier nicht helfen.

Erst attraktive Stadträume werden auch attraktive Nutzungen anziehen. Dies gilt auch für den heruntergekommenen Nollendorfplatz, der – als weitere große städtebauliche Herausforderung – der zuständigen Stadträtin Dr. Sibyll Klotz (Bündnis 90/Die Grünen) immer wieder aus dem Blickfeld gerät.

CHRISTOPH GÖTZ

GEDENKSTELLE FÜR ALBERT EINSTEIN

Seit dem 31. Mai ehrt der Bezirk den Physiker und Nobelpreisträger Albert Einstein in der nördlich vom Bayerischen Platz gelegenen Haberlandstraße mit einer Gedenkstelle.

Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler sagte dazu: „Uns als Bezirk ist es wichtig, Albert Einstein, der viele Jahre seiner Forschungs- und Lehrtätigkeit in der Stadt Berlin verlebte, zu erinnern. Die Gedenkstelle soll zum Austausch und zum Nachdenken über einen der größten Physiker aller Zeiten anregen und den vorhandenen Gedenkstein ergänzen.“

Bevor Albert Einstein aufgrund der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 in die USA emigrierte, war er in den Jahren 1914 bis 1932 als Mitglied der »Preußischen Akademie der Wissenschaften« und als Leiter des »Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik«, dem heutigen »Max-Planck-Institut für Physik«, in Berlin tätig.

Sein Wohnhaus in der Haberlandstraße 5, in dem er zu dieser Zeit lebte, wurde im 2. Weltkrieg vollständig zerstört. Das dort neu entstandene Wohnhaus trägt heute die Hausnummer 8.

Schlichten statt richten

Im Fall eines Konflikts kann ein Schiedsverfahren Zeit, Geld und Nerven sparen

Streitigkeiten durch eine Schlichtung beizulegen, ohne einen Juristen zu bemühen, hat eine über 180-jährige Tradition. Damals wurde in der Provinz Preußen das »Schiedsmannswesen« eingeführt; es war auf zivilrechtliche Konflikte begrenzt und ermöglichte beispielsweise, Streitigkeiten rund um Geldforderungen beizulegen. Seit 1926 können auch Frauen vorgerichtlichen Streit-schlichtungen übernehmen.

In Berlin werden die Schiedsleute von den Bezirksverordnetenversammlungen für jeweils einen Turnus von fünf Jahren gewählt und nach ihrer Wahl beim zuständigen Amtsgericht vereidigt. Danach können sie von Bürgerinnen und Bürgern, die in einem ernsthaften Konflikt stehen und diesen vorge-richtlich lösen wollen, um eine Schlichtung gebeten werden. Die Konfliktpalette ist heute weitaus breiter als zu Beginn des Schiedswesens; Schiedspersonen verhandeln heute sowohl bürgerlich-rechtliche als auch Strafsachen. Bei Delikten, zum Beispiel bei Beleidigung, Kör-



perverletzung, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Verletzung des Briefgeheimnisses oder Bedrohung schreibt das Schiedsamtgesetz (Landesgesetz) vor, dass vor Zulassung einer Zivilklage vor Gericht ein Schlichtungsversuch bei einem Schiedsamt unternommen werden muss.

Prinzip Kompromiss

Die Schlichtung hat das Ziel, einen Konflikt in einem medi-

ativen Gespräch einvernehmlich beizulegen. Daher müssen die Konfliktparteien persönlich erscheinen und können sich nicht vertreten lassen, auch nicht anwaltlich.

Die Schiedsfrau oder der Schiedsman hat eine vermittelnde Funktion und versucht, das Gespräch so zu lenken, dass die Konfliktparteien einen Kompromiss finden, mit

dem beide Seiten einverstanden sind. Wenn dies nicht gelingt, geht der Streitfall vor Gericht.

Die Vorteile des Schiedsverfahrens

Ein Schiedsverfahren hat gegenüber einer juristischen Auseinandersetzung einige Vorteile für die Beteiligten. Es wird rasch bearbeitet und führt meist zu einem dauerhaften Erfolg, da beide Parteien zufriedengestellt werden und keiner als »Gewinner« oder »Verlierer« geht. Zudem sind Schiedsverfahren äußerst kostengünstig, da Schiedspersonen ehrenamtlich arbeiten. Ihre durchweg hohe

Erfolgsquote garantiert eine Entlastung der Justiz und führt auch zu erheblichen Einsparungen in den Justizhaushalten der Länder.

Schiedsverfahren im Bezirk

In Tempelhof-Schöneberg gibt es fünf Schiedsamtbezirke, für die vier Schiedspersonen eingesetzt sind (die Verfasserin des Artikels ist für zwei Bezirke zuständig). Das Schlichtungsverfahren wird immer von der Schiedsperson durchgeführt, in deren Gebiet die Gegenpartei wohnt. Da viele Schiedspersonen berufstätig sind, gehen sie diesem Amt in ihrer Freizeit nach, was oftmals bedeutet, dass Schiedsfälle am Feierabend oder am Wochenende verhandelt werden.

HANNELORE HERLAN

Die Schiedspersonen für Tempelhof-Schöneberg finden Sie über unseren Service-Link: www.tsaktuell.de/schlichtung

Ausführliche Informationen zur Zuständigkeit von Schiedspersonen finden Sie unter: www.bds-berlin.com

Neue Idee für den Damm

»BID-Modell« in Tempelhof

Hafen, Ullstein-Haus, Alter Park und Rathaus: Der Tempelhofer Damm hat alle Voraussetzungen für ein lebendiges Quartier. Eine Immobilien- und Standortgemeinschaft soll den Kiez nun entwickeln.

Die Geschäftsleute am Tempelhofer Damm sind sich einig: Es muss was passieren, um dem Kiez eine neue Qualität zu geben. Bürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD) hat mit der Wirtschaftsförderung des Bezirks die Initiative ergriffen und Ende April Geschäftsleute und Grundstückseigentümer eingeladen, um ein neues Konzept vorzustellen. Es folgt dem Modell der »Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG)«, das nach dem nordamerikanischen Vorbild auch »Business Improvement District« (BID) genannt wird. Hessen, das Saarland und auch Hamburg haben damit bereits gute Erfahrungen gesammelt. Geschäftsleute und Grundstückseigentümer sollen dabei gemeinsam ein Geschäftsstraßen-Management starten, das sich dauerhaft ohne externe Finanzierung trägt.

In einem BID werden alle Geschäftsleute entweder mit oder ohne Grundstückseigentümer

eines bestimmten Straßenabschnitts per Gesetz zusammengeschlossen, um die Geschäftsstraße gemeinsam zu entwickeln, kooperatives Marketing zu betreiben und eventuell auch den Stadtraum zu gestalten. Die Schwerpunkte werden gemeinsam beschlossen und finanziert. Dazu werden verbindliche Abgaben für die Mitglieder festgelegt, die dann den Etat des BID ergeben, mit dem auch ein »Kümmerer« finanziert wird. Er bereitet die Entscheidungen der Gemeinschaft vor, koordiniert die Partner und ist Ansprechpartner für die Mitglieder des BID. Er kümmert sich auch um die gemeinsamen Projekte, wie Weihnachtsbeleuchtung, Feste, eine Internetseite oder Verschönerungsaktionen im Kiez.

Am Tempelhofer Damm ist der Anfang gemacht: „40 Teilnehmende beim ersten Treffen sind ein guter Anfang, um am Ende auch alle anderen zu überzeugen“, ist sich Schöttler sicher. Nun müsse aber auch das Abgeordnetenhaus seine Aufgaben erledigen und ein entsprechendes Gesetz verabschieden – ohne das kann kein BID entstehen. Frank Zimmermann, Mariendorfer Wahlkreisabgeordneter der SPD, will dies unterstützen.



LADENLEERSTAND AM TEMPELHOFFER DAMM

FOTO: RUDOLPHI-KORTE

Die Chancen erkennen und nutzen

60 Jahre Notaufnahmелager – auch eine Mahnung an die heutige Politik



BESUCH ZUM FESTAKT | Bundespräsident Joachim Gauck im ehemaligen Notaufnahmелager in Marienfelde

FOTO: ROSSA

Am 14. April 1953 eröffnete der damalige Bundespräsident Theodor Heuss das Notaufnahmелager Marienfelde in Berlin. Dies nahm die »Erinnerungsstätte Notaufnahmелager Marienfelde« zum Anlass für einige Veranstaltungen zur Erinnerung an dieses Datum.

Höhepunkt der Festwoche war ein Festakt am 14. April 2013. Dabei erinnerten Bundespräsident Joachim Gauck und der Berliner Innensenator Frank Henkel an die Eröffnung des Notaufnahmелagers Marienfelde vor 60 Jahren. Im einstigen Speisesaal des ehemaligen Notaufnahmелager und heutigen Übergangswohnheim für Flüchtlinge und Asylbewerber würdigten sie vor 140 geladenen Gäs-

ten die Bedeutung des Ortes für die Geschichte der beiden deutschen Nachkriegsstaaten und die Migrationsgeschichte der Stadt Berlin.

Bundespräsident Gauck hielt einen überzeugenden Festvortrag. Da brachte er seine persönliche Sicht als Bürger der DDR ein, der immer wieder Bekannte, Freunde und Verwandte in Richtung Westen verlor. Er stellte dar, welche Integrationsleistung die alte Bundesrepublik und die Zuwanderer erbrachten, und dass dies am Ende zum Vorteil beider Seiten gereichte.

Mahnung zu mehr Augenmaß

Sodann schlug Gauck den Bogen zur Gegenwart, in der Flüchtlinge häufig als Belastung emp-

funden werden. Joachim Gauck plädierte für ein offeneres Land. Er machte klar, dass viele Flüchtlinge keine Sozialhilfe wollen, sondern arbeiten könnten und selbst zu ihrem Lebensunterhalt beitragen können und wollen. „Statt zu überlegen, wie wir die, die nach Europa kommen wollen, abwehren oder wieder loswerden können – sollten wir da nicht lieber öfter fragen, was sie können? Nicht immer gleich denken ‚Last‘, sondern auch ‚möglicher Gewinn für beide Seiten?“, so Joachim Gauck. Und weiter: „Manche haben Qualifikationen, die ihnen in Deutschland gute Jobchancen eröffnen würden. Hier für mehr Durchlässigkeit und bessere Informationsangebote zu sorgen, erscheint mir in unser allen Interesse.“ Der Bundespräsident mahnte hier deutlich mehr Augenmaß in der Zuwanderungs- und Asylpolitik bei allen Beteiligten – von Europa bis zur Kommune – an. Und sagt der Politik: erkennt die Chancen der Zuwanderung, und nutzt sie.

Am Vortag gab es eine interessante Tour. Unter dem Motto »Verschwunden und Vergessen« ging es zu ehemaligen Standorten von Flüchtlingslagern. Denn das Notaufnahmелager Marienfelde konnte oft den Strom der Flüchtlinge nicht fassen. So wurden im Laufe der Jahre etliche weitere Lager eingerichtet. Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg führte diese Tour zum ehemaligen Askanierlager an der Gersdorfstraße, dem Industriekomplex Alcatel an der Colditz- und Volkmarstraße, zu der Grünen Baracke, einem Warteraum für die auszufliegenden Flüchtlinge am Flughafen Tempelhof und schließlich zum Kasernenkomplex an der Papestraße.

HARALD ROSSA

Die Welt selbst entdecken

Der Bedarf steigt weiter: Berlin schafft zusätzliche Kitaplätze - Ein Besuch in der „Casa Fantasia“

Die Kindergärten heißen „Naseweis“, „Wuselwiese“, „Schatzinsel“ oder - wie in der Anklamer Straße - „Casa Fantasia“. Und wer diese Fröbel-Kita betritt, spürt sofort: Der Name stimmt. Hier ist jede Menge Phantasie zuhause.

Das Ampelmännchen an der Tür zur „Bewegungsbaustelle“ - das ist ein heller Raum mit Trampolin, Krabbel-Röhren und Kletter-Leiter - zeigt zwar grün, aber trotzdem spielt hier heute niemand. Alle wollen bei strahlendem Sonnenschein draußen sein. Im Sandkasten, beim Matschen an der Wasserpumpe oder bei Hüpfspielen im geschützten Hof des schönen Altbaus.

„Wir sagen den Kindern nicht, wie die Welt ist, sondern wir bieten ihnen die Gelegenheit, es selbst heraus zu finden“, sagt Birgit Mühle, die freundliche Kita-Leiterin lächelnd. Mit dieser Einstellung macht die „Casa Fantasia“ der Fröbel-Gruppe alle Ehre, die in Berlin,



Ein freundlicher Raum für die Fantasie: Die Kita „Casa Fantasia“. Foto: Bettina Straub/Fröbel-Gruppe

vielen anderen Bundesländern und sogar in Sydney Kindergärten, Horte und Familienberatungsstellen betreibt.

20 Millionen Euro hat das Land 2012 und 2013 in den Kita-Ausbau gesteckt, das Landesprogramm wird 11.000 neue Plätze anschieben.

In Berlin sorgen viele unterschiedliche Vereine und Organisationen gemeinsam mit den Kita-Eigenbetrieben des Landes für ein breites Angebot an Kitaplätzen. So kommen unterschiedliche weltanschauliche und pädagogische Konzepte zum Tragen, Kitas setzen

musische oder sportliche Akzente oder profilieren sich als Integrationskita. Einige pflegen kleine Gewächshäuser, andere setzen stärker auf Sprachförderung.

Die Fröbel-Gruppe setzt auf ein zweisprachiges Erziehungskonzept. In der „Casa Fantasia“

z.B. wird auch italienisch gesprochen und im ganzen Haus gibt es Schilder, auf denen deutsche und italienische Begriffe zu lesen sind. Außerdem ist dieser Kindergarten „reggio-zertifiziert“. Das heißt, die Kinder werden hier nach dem „respektierenden, vermittelnden Erziehungsprinzip“ betreut, das seinen Ursprung in der italienischen Region Emilia hat.

Und der Name Fröbel verpflichtet. Denn Friedrich Wilhelm Fröbel gilt weltweit als „Vater des Kindergartens“ und als Pionier der Reformpädagogik. Weil in den seit 1840 nach ihm benannten Kindergärten praktiziert wird, wofür Fröbel sich eingesetzt hat: dass Kindheit bedeutet, sich entdecken, erproben und spielen zu dürfen.

U.W. casafantasia-berlin@froebel-gruppe.de

Wo und wie finde ich einen Kitaplatz? Informationen dazu auf unserer Service-Seite

TERMINE

ZERSTÖRTE VIELFALT

Die Wirkung der Zeitungspreise als NS-Machtinstrument arbeitet eine Ausstellung in der Topographie des Terrors unter dem Titel „Zwischen den Zeilen?“ heraus. Sie ist bis zum 20. Oktober 2013 täglich von 10 bis 20 Uhr in der Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin, zu sehen. Alle Veranstaltungen zum Themenjahr „Zerstörte Vielfalt“ unter www.berlin.de/2013/

MAUER

Noch bis Ende September ist am Checkpoint Charlie das Mauer-Panorama des Künstlers Yadegar Asisi zu sehen. Das Bild ist ein monumentaler Blick auf die Zeit des geteilten Berlins der achtziger Jahre. Geöffnet ist täglich von 10 bis 20 Uhr, der Eintritt kostet 11 Euro, ermäßigt 9,50 Euro (für Kinder unter 6 frei).

NOTIZEN AUS BERLIN

SPIELCASINOS

Das 2012 in Kraft getretene Berliner Spielhallengesetz erfüllt seinen Zweck: Vorgeschriebene Mindestabstände zwischen Spielhallen sowie die Beschränkung der Automaten haben den Boom der Hallen gestoppt. Jetzt wollen die Koalitionsfraktionen ein Ausweichen erschweren. „Mich ärgert die steigende Zahl der Café-Casinos, die nur dem Zweck dienen, Automaten zu betreiben“, so der SPD-Rechtspolitiker Sven Kohlmeier. Die Eindämmung der mit maximal drei Spielgeräten ausgestatteten Cafés ist im Rechtsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses bereits beschlossen. Ein weiterer Antrag fordert den Senat auf, Spielhallen und Wettbüros stärker zu kontrollieren.

EINKOMMEN

Das durchschnittlich verfügbare Jahreseinkommen jedes Berliners und jeder Berlinerin betrug im Jahr 2011 laut jüngsten Angaben des Statistischen Landesamts 16.927 Euro. Damit lag es deutlich unter dem verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen aller Bundesländer in Höhe von 19.933 Euro.

SCHULESSEN

Die Qualität des Schulumittagessens wird deutlich verbessert. Das Land Berlin investiert dafür zusätzlich 9,1 Millionen Euro. Damit steht künftig ein Betrag von 3,25 Euro pro Essen zur Verfügung. Die Zuzahlung für die Eltern erhöht sich leicht, ein ausgeweiteter Härtefallfonds unterstützt Familien in sozial schwierigen Situationen.

Das Mutmach-Programm

Bis zu 100.000 Euro zusätzlich für Schulen in sozialen Brennpunkten

Lange wurde das Problem tabuisiert, nun hat die SPD den Paradigmenwechsel eingeleitet: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh und Bildungssenatorin Sandra Scheeres stellten an der Wedding-Grundschule ein Programm für Brennpunktschulen vor.

Mehr als 200 Berliner Schulen werden künftig mit insgesamt 15 Millionen Euro im Jahr gefördert. Die Schulen können selbst entscheiden, wofür das Geld verwendet wird - z.B. für mehr Sozialpädagogen, für Sprachmittler, Anti-Gewalt-Trainer oder Mediatoren.

Das Konzept kündigte Saleh erstmals im Dezember 2012 bei einer Rotterdam-Reise mit dem Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowsky an. Dort gibt es ähnliche Probleme. Die



Im Gespräch in der Wedding-Grundschule: Raed Saleh (z.v.l.) und Bildungssenatorin Sandra Scheeres (z.v.r.). Foto: Stäuble

Überlegung: Eltern, Lehrer und Schüler kennen die Lage vor Ort sehr genau - eine Stigmatisierung der betroffenen Schulen braucht man also nicht zu fürchten.

Saleh: „Brennpunktschulen heißen so, weil es dort eine

Häufung von Problemen gibt. An vielen Berliner Schulen arbeiten die Lehrerinnen und Lehrer teilweise bis zur Grenze der Erschöpfung. Wir haben Respekt vor dieser Leistung und wollen dort helfen, wo es notwendig ist. Nicht mit der

Gießkanne, sondern gezielt.“ Entscheidend ist die Zahl der Lernmittelbefreiungen (LMB): Bereits ab 50 Prozent LMB sollen die Schulen zusätzliche finanzielle Unterstützung erhalten, ab 75 Prozent LMB den vollen Betrag von 100.000 Euro jährlich.

Beide SPD-Politiker betonen, dass es sich nicht um ein Notprogramm handelt. „Die benannten Schulen sollen damit in die Lage versetzt werden, die Schülerinnen und Schüler noch besser als bisher zu fördern. Es sind keine ‚Reparaturmittel‘ für gescheiterte Schulen, sondern zusätzliche Unterstützungsmittel“, sagte Bildungssenatorin Sandra Scheeres. Raed Saleh sprach von einem Programm der Ermutigung. FF

Das Ziel: Bezahlbares Wohnen in Berlin

Stärkere Begrenzung des Mietanstiegs - Zweckentfremdung wird untersagt - Mehr Investitionen in den Neubau

Zehntausende von Wohnungen werden in Berlin in den kommenden Jahren neu entstehen. Das ehrgeizige Neubauprogramm, das die SPD zum Jahresbeginn forderte, ist inzwischen fester Bestandteil der Wohnungspolitik der Koalition.

Mindestens 775 Millionen Euro sollen die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften dafür bis 2018 einsetzen, 175 Millionen Euro bringen sie selbst auf, 600 Millionen Euro sollen über Kredite finanziert werden. Weitere 29.500 Wohnungen können durch einen IBB-Wohnungsbaufonds gefördert werden, der von Bund

und Land innerhalb von fünf Jahren mit insgesamt 320 Millionen Euro ausgestattet wird. Ein zusätzliches Anreizsystem in den Bezirken soll den Wohnungsbau beschleunigen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat zudem eine Wohnungsbauleitstelle als Anlaufstelle für die 12 Bezirke, Investoren und andere Akteure eingerichtet.

Um Mieten niedrig zu halten, will das Land öffentliche Grundstücke günstig zur Verfügung stellen. Wie unterschiedlich allerdings Baukosten ausfallen können, erfuhren der SPD-Vorsitzende Jan Stöß und der Fraktionsvorsit-



Petriplatz in Mitte: Auch in der Innenstadt könnten städtische Unternehmen und Genossenschaften mehr Wohnungen bauen. Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß hat zudem eine Debatte über die Gestaltung der historischen Mitte angestoßen. Foto: Horb

zende Raed Saleh bei Gesprächen in der österreichischen Hauptstadt.

Der Stadt Wien entstehen pro Quadratmeter Wohnraum Kosten in Höhe von 1.600 Euro, in Berlin sind mindestens 2.200 Euro fällig. „Wir werden uns genau anschauen, was die Ursachen für die günstigen Baukosten in Wien sind und warum in Berlin wesentlich höhere Preise aufgerufen werden“, so Jan Stöß. Gemeindewohnungen kosten in Wien im Schnitt 3 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter, in Genossenschaften 4,73 Euro.

Damit die Mieten in Berlin stabil bleiben, sollen dem

Markt künftig keine Wohnungen mehr entzogen werden können. Die Umwandlung in Ferienwohnungen und spekulativer Leerstand sollen überall dort verhindert werden, wo der Wohnungsmarkt angespannt ist, also etwa in Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg oder in Charlottenburg-Wilmersdorf. Für die bisherigen rund 12.000 Ferienwohnungen ist eine Übergangsfrist von zwei Jahren vorgesehen. Stadtentwicklungssenator Michael Müller: „Mit dem Verbot von Zweckentfremdung kann der Bestand an Wohnraum auch wieder vorrangig für Wohnen genutzt werden.“ U.H.

Der Weg zum Kita-Platz

Wo und wie kann ich

mein Kind anmelden? Zentrales Online-Portal wird jetzt geschaffen.



Begehrte Kita-Plätze: Berlin erhöht das Angebot weiter.

Foto: Bettina Straub/Fröbel-Gruppe

Unabhängig davon, welche Einrichtung ein Kind besuchen soll: Zuständig für

die Anmeldung ist immer das Jugendamt des jeweiligen Wohnbezirks, und zwar

auch dann, wenn Sie sich bereits für einen Platz in einem anderen Bezirk entschieden

haben. Den Anmeldebogen und Hilfe beim Ausfüllen gibt es dort auch.

Aber auch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft bietet Orientierung. Auf ihrer Homepage www.berlin.de/sen/familie kann nach Kita-Einrichtungen in den jeweiligen Bezirken gesucht werden. Unter der Telefonnummer 030-90227 5050 hilft die Senatsverwaltung weiter.

Der Nachwuchs kann frühestens sechs Monate und spätestens zwei Monate vor Beginn der Betreuung angemeldet werden. Die Nachfrage ist schon jetzt groß, weil es ab 1. August einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Kinder ab dem vollendeten 1. Lebensjahr gibt, vor allem aber, weil immer mehr Väter und Mütter auf qualifizierte Kinderbetreuung angewiesen sind, um Beruf und Familie vereinbaren zu können.

In Berlin können Eltern in Tageseinrichtungen die Halbtagsförderung (mindestens vier, maximal 5 Stunden täglich), die Teilzeitförderung

(mindestens 5 bis max. 7 Stunden), die Ganztagsförderung mit mindestens 7 bis höchstens 9 Stunden oder sogar die erweiterte Ganztagsförderung mit über 9 Stunden täglich in Anspruch nehmen.

Wenn kein passender Kita-Platz gefunden werden kann, gibt es auch noch das Angebot der Kindertagespflege. Diese Betreuungsform gibt es insbesondere für Knirpse unter drei Jahren, die zumeist in Gruppen zu vier bis acht Kindern betreut werden.

Bis Ende 2015 soll es rund 19.000 neue Kita-Plätze in Berlin geben. 2012 und 2013 stellt das Land Berlin für den bedarfsgerechten Ausbau 20 Millionen Euro zur Verfügung. Um Eltern die Suche künftig zu erleichtern, soll es bis Ende des Jahres eine zentrale Warteliste geben. Über ein Onlineportal wird dann – wie schon jetzt in München – Postleitzahl bezogen der passende Platz gesucht werden können. U. W.

Berliner Preisrätsel

ZU GEWINNEN: 3 Kulturkarten der Freien Volksbühne



WAAGERECHT

- 1 hier packte Conny die Badehose ein
- 5 im Sommer selten gut
- 7 Was beim Kochen übrig bleibt
- 9 Starenvogel, der sprechen kann
- 10 sie schrieb Schiller „An die Freude“
- 12 ausbrüten
- 14 Herrschaftstitel
- 15 Auerochse
- 16 Fremdartiger
- 17 Summe der Flächeninhalte der kleinen Rechtecke

18 ... ist, wer noch nicht out ist

- 19 Namensgeber eines Hauses im Tierpark Friedrichsfelde
- 21 Kfz-Kennzeichen für Ansbach
- 22 Deckschicht, lässt gern Schlaglöcher frei
- 24 Abkürzung für Finanzamt
- 27 Dorf im Norden von Berlin
- 29 altertüml. f. bei dieser Gelegenheit
- 31 Annelide
- 34 Fortbewegungsart von Walküren
- 36 ohne Unterlass
- 38 Schnelles Musikstück
- 39 der Daus

40 Komponist von „Summertime“

41 nicht ganz

SENKRECHT

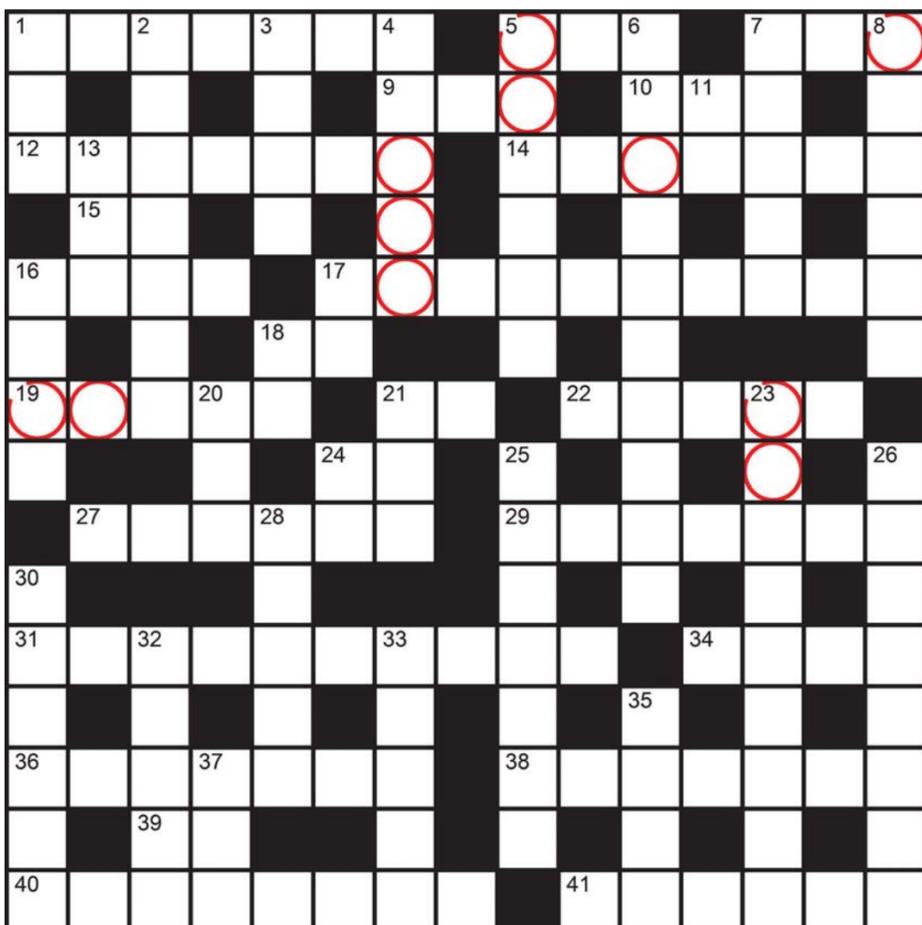
- 1 Hape Kerkeling war dann mal ...
- 2 Psychische Störung
- 3 Reisschnaps
- 4 einen Weg öffnen oder frei machen
- 5 DGB-Chef bzw. Bravo-Aufklärer
- 6 Elektrisch neutrale Atome in Ionen verwandeln
- 7 Impfstoff

8 Dorf im Südwesten von Berlin

- 11 Adverb mit Zeigefinger
- 13 Lateinisch: Licht
- 16 Nutznießer eines Testaments
- 17 Vereinte Nationen (engl.)
- 18 Geheimer Stasizuträger (Abk.)
- 20 Netzwerkknoten auf Computerdeutsch
- 21 Geiersmahlzeit
- 23 Etwas festmachen
- 24 Aufgekaupte Tageszeitung aus Hessen (Abk.)
- 25 Hier züchtete Herr Müller erstmals den Rivaner
- 26 Start in die Berliner Sommerferien
- 28 Flächeninhalt
- 30 Gewinn
- 32 Er verbindet Stoffe durch Nähte
- 33 Kosewort für Westgeborene
- 35 durch Tschechien fließt sie als Labe
- 37 Sommerwonne mit Waffel

DIE GEWINNE

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben eine lästige Nebenerscheinung des Sommers, die wir gerne in Kauf nehmen: Hauptsache heiß! Bitte schicken Sie das Lösungswort auf einer Postkarte bis zum 19. Juli 2013 per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstraße 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir drei Kulturkarten, die von der Freien Volksbühne Berlin gestiftet wurden und zum verbilligten Besuch zahlreicher Berliner Theater- und Opernaufführungen berechtigen. Die Karte im Wert von 36 Euro hat ein Jahr Gültigkeit. Und für den ersten Kulturbesuch ist sie vom Berliner Stadtblatt mit 40 Euro aufgeladen. Viel Spaß!



Bilderrätsel

WER IST HIER AUF DER STRASSE?

Es ist viele Jahre her, dass sie auf die Straße gegangen sind. Aber auch heute sieht man sie dort, wo sie entlang gegangen sind. An welches Ereignis wird hier erinnert?

Das Berliner Stadtblatt verlost unter den richtigen Einsendungen zum Bilderrätsel zehn Bücher „Freiheit,

die ich meinte“ mit den Erinnerungen der Historikerin Helga Grebing an Berlin – eine spannende Lektüre!

Einsendeschluss ist der 19. Juli 2013 (per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstraße 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de).

RÄTSEL-LÖSUNGEN UNSERER AUSGABE MÄRZ 2013

Lösung des Kreuzworträtsels: **WELTFRÄUENTAG**. Bilderrätsel: Die abgebildete Figur erinnert an die harte Arbeit der **TRÜMMERFRAUEN** im Nachkriegs-Berlin. Geschaffen wurde die Skulptur 1955 von der Bildhauerin Katharina Szelinski-Singer. Zunächst wurde sie auf der **Rixdorfer Höhe** eingeweiht, einem Hügel, der aus rund 700.000 Kubikmetern Schutt entstanden war. Heute steht sie nahe dem Eingang zur Hasenheide.

Die Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt.

Wir danken allen Leserinnen und Lesern, die uns zum Teil bewegende Einsendungen zum Lösungsbegriff „Trümmerfrau“ geschickt haben:

„Damals war ich 12, heute bin ich 80, kann mich noch mit Schrecken an diese Zeit erinnern“, schrieb Gisela M., 10315 Berlin. „Trümmerfrauen – aber auch als solche musste man mal ein *krummes Knie* machen dürfen. Ich selbst war als Lehrling 1953 auch mal 1 Tag Trümmerjunger (Hausburgstr./Ecke Landsberger Allee)“, so Reinhard P., 12587 Berlin. Und Ingrid R. aus 10825 Berlin erinnert sich: „Das Bilderrätsel stellt in Stein eine Trümmerfrau dar. Die fleißigen Frauen haben fleißig die Trümmer aus dem 2. Weltkrieg abgeräumt, so dass Berlin wieder aufgebaut werden konnte. Bin Jahrgang 1930, in Berlin-Spandau geboren.“

So kurzweilig kann der Sommer werden

Badeseen, Klettergärten, Streichelzoos, Industriekultur: Tolle Tipps für die Freizeit

Die Schulferien in Berlin liegen mal wieder sehr früh im Sommer. Vorteil oder Nachteil? Es kommt darauf an, was man daraus macht. Für Familien heißt es: Der Sommer ist länger, denn auch diejenigen, die zunächst fern von Berlin Urlaub machen, haben viel Zeit, die verbliebenen Ferienwochen oder die Wochenenden bis in den September hinein für Tagesausflüge zu nutzen. Wer es richtig macht, hat Spaß und Abenteuer und kann viel lernen. Wir geben ein paar Tipps, die viele noch nicht kennen.

Sommer, Sonne, Wasser: Das Baden im Freien ist am schönsten. Wer nicht lange anreisen will, findet in Berlin nicht nur den Wannsee, sondern auch andere Seen, die sogar noch klarer sind. Zum Beispiel den Groß-Glienickeer See, den Sacrower See, den Schlachtensee oder den Kleinen Müggelsee. Noch mehr Badespaß kann man in Brandenburg erleben. Der Liepnitzsee und der Wandlitzsee in Wandlitz oder auch



Der Sommer kommt! Ich kenn mich da aus.

Foto: Katja Heinroth

der Straussee in Strausberg sind zu nennen und vor allem auch gut mit S-Bahn und Hei-

dekrautbahn zu erreichen. Voll im Trend vor allem bei Heranwachsenden sind

die Klettergärten. Wussten Sie, dass es sogar einen miten in der Stadt gibt? Der

„Mount Mitte“ direkt am Nordbahnhof bietet verschiedene Schwierigkeitsgrade. Oder aber der Kletterwald Wuhlheide. Oder der Abenteuerkletterpark Pankektal in Hobrechtsfelde.

Nicht nur Kinder mögen Tiere. Berlin hat mit Zoo und Tierpark gleich zwei große Anlagen, wobei sich vor allem der weitläufige Tierpark in Friedrichsfelde für Familien-Spaziergänge bestens eignet. Oder wie wäre es mit einem Ausflug zum „Hof der kleinen Tiere“ in Zerpenschleuse nördlich von Wandlitz? Seltene, kleinwüchsige Haustierrassen werden dort gehalten, man kann sie auf der Weide besuchen und sogar anfassen. Gleich um die Ecke am romantischen Alten Finowkanal ist einer der schönsten Trödeläden der Region: „Emma Emmelie“ von Ines Schweighöfer aus der gleichnamigen Schauspielersfamilie.

Technik ist immer faszinierend für Jung und Alt. Einst kamen die roten Ziegel, aus denen halb Berlin erbaut ist, aus der Gegend um Zeh-

denick. Heute kann man den historischen Ziegeleipark Mildenberg nicht nur besuchen sondern auch bei einer Rundfahrt mit der Kleinbahn erleben. Ab und zu wird eine Dampflokomotive vorgespannt. Wenn man schon mal hier ist, sollte man auch das schwimmende Schiffermuseum „Carola“ in Zehdenick nicht verpassen, das an die Geschichte der Havelschiffahrt erinnert. Geradezu gigantisch dagegen die Abraumförderbrücke F 60 im Braunkohlerevier zwischen Lauchhammer und Finsterwalde. Mit 502 Metern Länge, 202 Metern Breite, 80 Metern Höhe und 11.000 Tonnen Gewicht ist die stillgelegte Förderbrücke die größte ihrer Art in der Welt. Man darf sogar auf ihr herumklettern.

Und sonst? Viele Familien wissen es längst: Der „Berliner Ferienpass“ ist ein Sesamöffne-dich nicht nur für zahlreiche Tipps, sondern auch für manchen Preisvorteil.

U. R.

Mehr zum Thema unter: jugendkulturservice.de

Zeitgeschichte, spannend wie ein Krimi

Geisterbahnhöfe: Als Aussteigen verboten war

MENSCHEN, DIE DIE STADT BEWEGEN: EGON BAHR

AUSSTELLUNGSTIPP: IM UNTERGRUND DES GETEILTEN BERLIN

„Immer wenn ich nach Berlin zurückfliege, habe ich das Gefühl, ich komme nach Hause“, sagt Egon Bahr, der momentan wieder viel unterwegs ist. Zu Autorenlesungen, Interviews und Diskussionsveranstaltungen. Sein jüngstes Buch hat ein überwältigendes Echo hervorgerufen und erscheint gerade in vierter und fünfter Auflage. „Das musst Du erzählen“ nannte Egon Bahr seine Erinnerungen an Willy Brandt, dem er nahe war wie kein zweiter.

Und erzählen kann der frühere RIAS-Journalist Bahr. Anschaulich, packend, präzise, uneitel und humorvoll. Wer sich für Zeitgeschichte aus erster Hand interessiert,

für Berlin, die Ostpolitik und den schwierigen Prozess des Wandels durch Annäherung und dafür, wer dabei wann welche Rolle gespielt hat, wird Bahrs Buch so spannend finden wie einen Krimi. Und anrührend dazu. Weil es respektvoll und einfühlsam auch beschreibt, wie in jahrzehntelanger Zusammenarbeit Brandts Vertrauen zur Freundschaft wuchs.

„Die mir zugewiesene Bezeichnung Architekt der Entspannungspolitik empfand ich als angemessen. Der Bauherr hieß Willy Brandt. Ohne den Bauherrn wäre ich nie Architekt geworden. Zu Recht werden die geschichtlichen Bauwerke Deutschland und Europa mit dem Namen Brandts verbun-

den bleiben“, urteilt Egon Bahr. Auch wenn der prominente Sozialdemokrat, der in Berlin und in Bonn als Senatssprecher, Staatssekretär und Minister politische Verantwortung getragen hat, nun keine politischen Bauwerke mehr plant: Politik treibt ihn nach wie vor um.

Er ist dem Radio treu geblieben, hört wann immer das möglich ist, die 7-Uhr-Nachrichten im Deutschlandfunk, liest gerade den neuen Gorbatschow und hält mit seiner Meinung nicht hinterm Berg. „Ich vermisse eine wirklich inhaltliche Auseinandersetzung über Außen- und Sicherheitspolitik: a) im Land, b) in meiner Partei“, diktiert er der Reporterin in den Schreibblock. U. W.



Ausstellung im Nordbahnhof.

Foto: Horb



Mittendrin in „seiner“ Partei: Egon Bahr auf einem Landesparteitag der Berliner SPD.

Foto: Horb

Der Bau der Berliner Mauer 1961, der markante Grenzverlauf zwischen zwei unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, hat zugleich etwas Kurioses geschaffen: Geisterbahnhöfe. Drei Nord-Süd-Schienenstränge durchtunneln grenzüberschreitend die Berliner Innenstadt.

Dieses Politikum zeigt sehr anschaulich eine Ausstellung der Gedenkstätte Berliner Mauer auf der Zwischenetage der S-Bahnstation „Nordbahnhof“. Ein passender Ort, denn die Station war selbst fast drei Jahrzehnte lang ein Geisterbahnhof. Schautafeln und Fotografien erklären die Ver-

kehrspolitik im geteilten Berlin bis zum Mauerbau, die Kapung der grenzüberschreitenden Verkehrsadern 1961 und die ständige Perfektionierung der unterirdischen Grenzsperren bei U- und S-Bahn.

Nur wenigen ist über diese Ost-West-Schienenstränge die Flucht gelungen. Fotos zeigen, wie die Zugänge zu den Geisterbahnhöfen im Ostteil Berlin eliminiert, aus der Wahrnehmung der Bevölkerung getilgt wurden. Die ausgestellten Dokumente erinnern an die ideologischen Auseinandersetzungen um die Bahnlinien, etwa Warnungen vor politisch motivierten Entführungen und an

den S-Bahnboykott nach dem Mauerbau sowie wie an Streiks der Reichsbahner. Die kleine Ausstellung im Nordbahnhof mit den Grenz- und Geisterbahnhöfen zeigt ein Stück Berliner Alltagsgeschichte in der Zeit des Ost-West-Konflikts.

G. L.

■ Informationen: berliner-mauer-gedenkstaette.de
 ■ Ein Begleitband ergänzt wesentlich ausführlicher dieses verkehrspolitische Kuriosum: **Gerhard Sälter/Tina Schaller: Grenz- und Geisterbahnhöfe im geteilten Berlin**, Ch. Links Verlag, Berlin, 2013, 144 S., 53 Abb. und 38 Karten, 19,90 Euro, ISBN 978-3-86153-723-6

Und was war in Berlin?

Leipzig, Eisenach, Gotha – die Gründungsgeschichte der Arbeiterbewegung scheint zunächst nicht viel mit Berlin zu tun zu haben. Das aber täuscht.

Es geht um die Durchsetzung von Interessen der Fabrikarbeiter, der Handwerker, der Landarbeiter, um bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen, aber auch um Demokratie und Versammlungsfreiheit.

1863 wird in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein mit Lassalle an der Spitze gegründet, 1869 laden August Bebel und Wilhelm

Liebknacht zur Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei nach Eisenach.

Beide Organisationen vereinen sich 1875 in Gotha zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SAP). Früh geht es auch um die Gleichberechtigung der Frauen, ihre Möglichkeit, sich überhaupt politisch betätigen zu können.

In Berlin, 1848 Schauplatz von Barrikadenkämpfen, ist

der Freiheitswille stark, hier findet die „Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung“ von Stefan Born in der Alexanderstraße ihren Sitz. Lassalle lebt von 1859 bis 1863 in der Bellevuestraße 13, August Bebel wohnt in Schöneberg,

u. a. in der Hauptstraße 97, Wilhelm Liebknacht bis zu seinem Tod 1900 in der Kantstraße 160.

Aber in Berlin herrscht bis 1908 das harte preußische Vereinsrecht, ein politischer Verein darf nur örtlich aktiv

EINE IDEE WIRD 150

Die Sozialdemokratie feiert. Auf das Fest zur Gründung im Mai in Leipzig folgt am 17. und 18. August eine lange Meile der Sozialdemokratie auf der Straße des 17. Juni in Berlin. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, diese Werte haben die SPD durch ihre 150jährige Geschichte begleitet. An ihnen lässt sie sich auch immer wieder messen.

Wege aus der Wohnungsnot

BERLIN WÄCHST DRAMATISCH.

1905 hat die Stadt 2.040.148 Einwohner. Noch schneller wachsen die benachbarten Städte wie Charlottenburg (zwischen 1867 und 1905 von 14.999 auf 239.559) oder Rixdorf (von 19.956 auf 153.513). Bis 1910 sind weitere 30.000 Menschen nach Berlin gezogen. Mit ihnen wächst die Wohnungsnot.

Es ist die Zeit der Mietskasernen, der dunklen, engen Hinterhöfe. Zum Teil leben sechs und mehr Personen in Wohnungen mit nur einem beheizbaren Zimmer, es gibt „Schlafburschen“, Untermieter, die zu bestimmten Zeiten ein Bett nutzen können. Die liberalbürgerlichen Parteien sehen die Beseitigung der Wohnungsnot nicht als staatliche Aufgabe – ganz anders als die Sozialdemokratie. Es geht um bezahlbare Wohnungen, um menschenwürdige Verhältnisse. Genossenschaften engagieren sich, können aber nur begrenzt helfen.

Nach 1918 entstehen acht städtische Wohnungsunternehmen, von 1920 bis 1923 werden 29.000 Wohnungen gebaut, bis 1929 weitere 114.700.

International bedeutende Arbeitersiedlungen wie die Hufeisensiedlung Britz, die Gartenstadt Falkenberg, die Weiße Stadt oder die Siedlung Schillerpark entstehen. Die neue Art des Bauens senkt

aber auch die Kosten.

1929 wirbt die Berliner SPD im Kommunalwahlkampf – neben dem Ausbau der Schulen, Volksbäder oder Bibliotheken – auch mit ihren wohnungspolitischen Erfolgen. Überall in den 20 Bezirken der Stadt gibt es Vorzeigeprojekte wie die Siedlung im Birkenwäldchen in Spandau oder die „Paradieskute“ an der Schönlanke Straße in Prenzlauer Berg.

Die SPD Prenzlauer Berg wirbt 1929: „Ausschaltung privater Bodenspekulation durch Ankauf des gesamten Bötzow-Geländes. Billigste Abgabe des Baugrundes an gemeinnützige Baugesellschaften.“ Ideen, an die die SPD heute wieder mit ihrer neuen Liegenschaftspolitik anknüpft.

Wohnungsbaupolitik zieht sich als Schwerpunkt durch die Berliner SPD-Geschichte, ob es um den Wiederaufbau nach 1945 geht oder um die Programme des sozialen Wohnungsbaus in den folgenden Jahrzehnten. In West-Berlin entstehen neue Großsiedlungen mit dem Anspruch, bessere Wohnbedingungen zu schaffen.

In den 80er Jahren steht die SPD an der Seite der Mieterinnen und Mieter, als die CDU-geführte Bundesregierung die Mietpreisbindung abschaffen will. Eine Mehrheit hat die SPD damals jedoch nicht. U.H.



Kampf für die Freiheit: Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher bei einer Rede auf dem Hertha-Sportplatz in Berlin am 14.8.1947.



Erkämpftes Frauenwahlrecht: Plakat vom Januar 1919.

Fotos (5): AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung

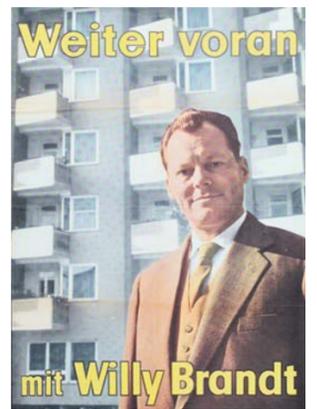


Kommunalwahl 1929: Die SPD präsentiert ihre Erfolge in der Wohnungspolitik. Foto: BS-Archiv

sein, Versammlungen können von anwesenden Polizeibeamten aufgelöst werden, Frauen dürfen nicht mitreden. Während des Verbots der Sozialdemokratie wurden immer wieder Mitglieder und Unterstützer aus Berlin ausgewiesen.

Dennoch: Bei der Reichstagswahl 1877 gewinnen Sozialdemokraten die Wahlkreise Luisenstadt jenseits des Kanals und den Wedding. 1890 kommt der Brandenburger Wahlkreis Lichtenberg dazu.

1912 gehen 5 der 6 Berliner Wahlkreise an Sozialdemokraten. Berlin und die angren-



Berlinwahl 1958: Mit Willy Brandt voran.

zenden Wahlkreise werden zur Hochburg der Sozialdemokratie. U.H.

Dreimal verboten, dreimal Widerstand

DIE IDEE IST ZU ERFOLGREICH.

1878 wird die deutsche Sozialdemokratie verboten, Reichskanzler Otto von Bismarck nutzt zwei gescheiterte Attentate auf den Kaiser als Rechtfertigung, obwohl die Polizeibehörden keine Verbindung feststellen. In Berlin wird der „Kleine Belagerungszustand“ verhängt und zahlreiche Sozialdemokraten werden aus ihrer Heimatstadt ausgewiesen. Selbst gewählte Berliner Reichstagsabgeordnete dürfen die Stadt nur an Sitzungstagen betreten.

Druckschriften dürfen nicht verbreitet werden, Versammlungen müssen von der Polizei genehmigt werden. Trotz Verfolgung wächst der Stimmenanteil der SPD – 1890 wird sie mit knapp 20 Prozent die stimmenstärkste Partei im Reichstag. Das Sozialistengesetz wird aufgehoben.

1933 drückt Otto Wels in seiner Rede gegen das Ermächtigungsgesetz im Berliner Reichstag den Freiheitswillen der SPD aus, im Preußischen Landtag ist es der Sozialdemokrat Paul Szil-lat, der als einziger den Nazis

Am 17. Juni 1945 treffen sich 1500 Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zur Wiedergründung ihrer Partei im „Luckauer Hof“ in Kreuzberg. Schon bald nimmt der Druck auf sie zu, sich mit der KPD zu vereinen. In den Westsektoren der Stadt entscheiden sich die SPD-Mitglieder in einer Urabstimmung für die Unabhängigkeit. Während es nach der Zwangsvereinigung in der übrigen sowjetischen Besatzungszone nur noch die SED gibt, bleibt die SPD



bis zum Mauerbau in Ost-Berlin trotz großer Behinderungen aktiv. Im Sommer 1960 besucht Willy Brandt demonstrativ das Kreisbüro der SPD Friedrichshain.

1989 gründen Sozialdemokraten die erste Partei in der DDR, die dem Machtanspruch der Einheitspartei SED Paroli bietet. Freiheit



Schwante 1989: Heimliche Gründung der SDP in der DDR.

widerspricht, als sie auch dort ein Ermächtigungsgesetz einbringen. Verhaftungen und Verfolgungen treffen viele Berliner SPD-Mitglieder.

Dennoch bleibt der Zusammenhalt vielfach bestehen, getarnt in Sportvereinen oder Chören. Sozialdemokraten wie Julius Leber, der in Schöneberg eine Kohlenhandlung betreibt, engagieren sich im Widerstand.

und Gerechtigkeit gehören für sie zusammen. In den folgenden Monaten finden sich viele wieder ein, die schon vor 1961 der SPD angehört und ihrer Idee treu geblieben waren. 1990 beschließen der (Ost-Berliner) Bezirksverband und der (West-Berliner) Landesverband noch vor der Bundes-SPD ihre Vereinigung. U.H.

„Die Geschichte kennt kein letztes Wort“

Dieses Zitat von Willy Brandt fasst zusammen, warum sich Menschen politisch engagieren – und jahrzehntelang dabei bleiben

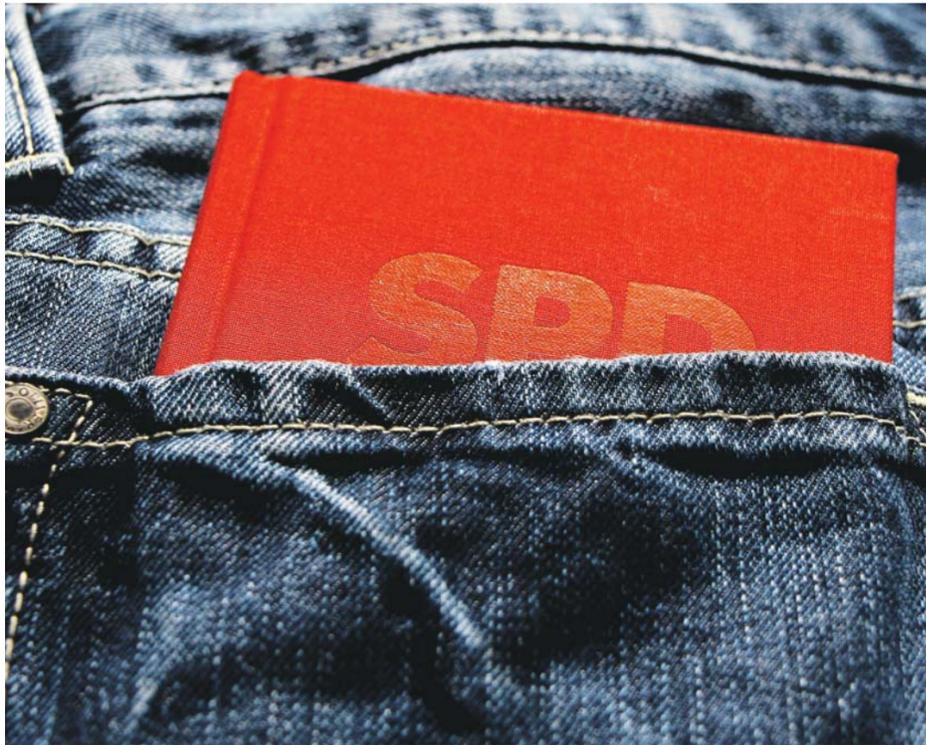
Sich als Mitglied einer Partei politisch zu engagieren, ist heutzutage nicht mehr selbstverständlich. Auf viele wirkt der Besitz eines Parteibuchs nahezu befremdlich. Wie alle seit längerem etablierten Parteien hat auch die SPD in den letzten Jahren unter einem Mitgliederschwund zu leiden.

In Berlin konnte dieser Trend in 2012 zwar gestoppt werden – mit über 16.500 Mitgliedern konnte der SPD-Landesverband einen leichten Anstieg der Mitgliederzahl gegenüber 2011 verzeichnen, im Bezirk Tempelhof-Schöneberg waren Ende 2012 über 2.000 Menschen Mitglied der SPD. Dennoch ist eine grundsätzliche Wende (noch) nicht erkennbar.

Ein Blick zurück

Umso interessanter – zumal im Jahr des 150-jährigen Bestehens der SPD – ist es deshalb, einmal nachzuforschen, warum Frauen und Männer in die SPD eingetreten sind – und entgegen der genannten Entwicklung über viele Jahrzehnte der ältesten Partei Deutschlands die Treue gehalten zu haben.

Beeindruckend und klar sind die Berichte von SPD-Parteimitgliedern aus Tempelhof-Schöneberg, die ihren Beitrag zum Motto: »Warum ich vor (über) 50 Jahren in die SPD eingetreten bin« aufgeschrieben haben.



PARTEIBUCH | Nicht mehr selbstverständlich, aber für manche eine Entscheidung »für's Leben«

FOTO: KEGEL

Damals, vor 50 Jahren, als die Berliner Mauer schon zwei Jahre stand, durch viele Städte noch gewaltige Ostermärsche zogen, der Auschwitz-Prozess in Frankfurt am Main begann, Willy Brandt und Egon Bahr unter der Devise »Wandel durch Annäherung« die Ost-Politik entscheidend veränderten, John F. Kennedy vor dem Rathaus Schöneberg

sich als Berliner bekannte, und Frauen erst seit sechs Jahren ein eigenes Bankkonto eröffnen konnten, damals traten diese Genossinnen und Genossen als junge und hellwache Menschen in die SPD ein. Angeregt durch Gespräche mit Eltern und Großeltern über die Nazi-Vergangenheit hörten sie im Geschichtsunterricht gut zu,

nahmen günstige Schülerreisen der »Landeszentrale für politische Bildung« wahr oder schlossen sich den Falken an.

Spaltung Berlins überwinden

Hans Peter Schiff gerät bei einer Schülerreise nach Berlin unmittelbar in die dramatischen Ereignisse des Mauerbaus im August 1961. In der Bernauer

Straßen sah er verzweifelte Menschen aus dem Fenster springen und beobachtete die VoPos, die das Zumauern der Fenster und Türen kontrollierten. Ihm blieb der leidenschaftliche Appell des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Willy Brandt an die Alliierten im Ohr, sich der Spaltung der Stadt Berlin zu widersetzen.

Politische Kräfte konzentrieren

Der große Bruder von Otto Edel nahm ihn mit zur Kindergruppe der Falken. Zuhause war der Telegraf die Tageszeitung und die Sommerreisen waren Falkenzeltlager. Die regelmäßige Teilnahme an den 1.-Mai-Demonstrationen vor dem noch nicht wiederaufgebauten Reichstag hinterließen tiefe Eindrücke. Die »Konzentration der politischen Kräfte« auch zusammen mit den Jusos und die Verleihung des Friedensnobelpreises 1971 für Willy Brandt bestärkten Otto Edels Eintritt in die SPD.

Wunsch nach politischer Mitgestaltung

Als junger Zechensteiger lebte Rainer Frohne in einem Lehrlingsheim und fand bei den christlichen Pfadfindern das ihm entsprechende Forum für seine politische Neugier. Die klare Haltung eines Referenten Prof. Dr. Günter Brakelmann begeisterte Rainer Frohne und bestärkte seinen Wunsch nach

politischer Mitgestaltung. 1963 trat er in die SPD ein.

Gegnerschaft zum Kommunismus

Die Historikerin Helga Grebing tritt 1948 in Pankow in die SPD ein. Ganz klar bekennt sie als Absolventin der Arbeiter- und Bauernfakultät der Berliner Humboldt-Universität: »Ich werde mich der Partei anschließen, die die Gegnerschaft zum Kommunismus auf ihre Fahnen geschrieben hat: der SPD. Ich kann mir damit endlich die Gewissheit erringen, in der Gegenwart zu stehen und ihr tätig begegnen können.«

GUDRUN BLANKENBURG
HANS G. KEGEL

Im Rahmen der Veranstaltungen zu »150 Jahre SPD« lädt Sie der Kreisverband Tempelhof-Schöneberg herzlich zu einem

Erzähl-Café

ein. Menschen, die seit Jahrzehnten Mitglied der SPD sind, erzählen von ihrer Motivation für den Eintritt und über ihre jahrelange Mitgliedschaft.

**Sonntag, 11. August 2013
um 16.00 Uhr**

**im Kreisbüro der
SPD Tempelhof-Schöneberg**

Hauptstraße 100
10827 Berlin-Schöneberg
(nahe Insbrucker Platz)

Der Eintritt ist frei!

Jubiläumsfest in der »Spukvilla«



ERÖFFNUNG | Neben der Kreisvorsitzenden Dilek Kolat (links) waren auch der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (Mitte), die SPD-Wahlkreis Kandidatin Mechthild Rawert (3. v. l.) und Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (rechts) dabei.

FOTOS: KEGEL

Die so genannte Spukvilla der Arbeiterwohlfahrt Südwest und ihr idyllischer Garten waren genau der richtige Ort, um auch in Tempelhof-Schöneberg den 150. Geburtstag der SPD zu feiern.

Der SPD-Kreisverband hatte am 17. Mai zum Jubiläumsfest geladen, und zahlreiche Parteimitglieder sowie Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen,

Verbänden und Organisationen waren dabei.

Mit Grußworten eröffneten die Kreisvorsitzende Dilek Kolat, der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und die SPD-Bundestagswahl-Kandidatin für Tempelhof-Schöneberg, Mechthild Rawert, das Fest.

In den Räumen der »Spukvilla« erinnerten Fahnen und Plakate an die Geschichte und an vergangene Wahlkämpfe der

SPD, und auf Ausstellungstafeln waren aus Tempelhof und Schöneberg stammende Publikationen der SPD aus den 1960er- bis 1980er-Jahren zu sehen. Auch an historische und verdienstvolle SPD-Politikerinnen und -Politiker, von denen viele ihre Heimat im heutigen Bezirksgebiet hatten, wurde erinnert – von Rosa Luxemburg über Otto Wels bis zu Julius Leber. Die Historikerin Helga Grebing und

der ehemalige Regierende Bürgermeister Walter Momper wussten in einen Rückblick viel über ihre Erlebnisse in und mit der SPD in Berlin und darüber hinaus zu erzählen.

Draußen trotzten die Gäste kurzen Regenschauern und feierten bei sommerlichen Temperaturen mit Kuchen und Kaffee, Live-Musik von der Frauenband ISANI und Leckerem vom Grill bis tief in den Abend.



Stadtrundgänge

Geschichte erleben – zu Fuß und vor Ort



Großer SPD-Stadtrundgang

Am Vorabend des großen SPD-»Deutschlandfestes« in Berlin macht ein Stadtrundgang an gleich vier Stationen Halt:

Die SPD Tempelhof-Schöneberg lädt alle Interessierten ein, historische Persönlichkeiten kennenzulernen, für die der Bezirk einmal Heimat und Wirkstätte war.

Von Bernstein zu Breitscheid

Im Schöneberger Bayerischen Viertel wohnten der große sozialdemokratische Theoretiker Eduard Bernstein und Rudolf Breitscheid – Reichstagsabgeordneter für die SPD – nahe beieinander. Beide waren Freunde ihres Nachbarn Albert Einstein.



EDUARD BERNSTEIN (1850-1932)

Wir folgen deren Spuren auf einem öffentlichen Stadtrundgang mit der Vorsitzenden der SPD-Abteilung City und Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler und Gudrun Blankenburg, der kulturpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg.

**Freitag, 9. August 2013
18.00 - 19.30 Uhr**

**Treffpunkt: Bozener Straße 20
10825 Berlin-Schöneberg**



AUGUST BEBEL (1840-1913)

Hauptstraße 97 · August Bebel's letzter Berliner Wohnort · Referent: Serge Embacher, Vorsitzender der SPD Friedenau

Friedhof Eisackstraße · Hier befindet sich das Grab von Eduard Bernstein · Referentin: Gudrun Blankenburg

Zwei Wohnhäuser von Rosa Luxemburg in der Cranachstr. 56 und Wielandstr. 23 · Referent: Ottokar Luban, Sekretär der »Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft«

Luise und Karl Kautsky-Haus in der Saarstr. 14 · Referent: Günter Regneri, Historiker

**Donnerstag, 15. August 2013
17.00 - 20.00 Uhr**

**Treffpunkt: SPD-Kreisbüro
Hauptstraße 100
10827 Berlin-Schöneberg**

Die Teilnahme an beiden Rundgängen ist kostenfrei.

► spd-tempelhof-schoeneberg.de

SPRECHSTUNDEN BVV-MITGLIEDER

Die Schöneberger Mitglieder in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) stehen Ihnen regelmäßig für eine Sprechstunde zur Verfügung:

■ BVV

Montags von 17.00 bis 18.00 Uhr im Wahlkreisbüro von Lars Oberg in der Hauptstr. 8, 10827 Berlin (nahe U-Bhf. Kleistpark)



Nihan Dönertas



Hermann Zeller



Axel Seltz

3. Juni 2013 Nihan Dönertas
10. Juni 2013 Hermann Zeller
17. Juni 2013 Hermann Zeller
24. Juni 2013 Axel Seltz
1. Juli 2013 Hermann Zeller
8. Juli 2013 Nihan Dönertas
15. Juli 2013 Hermann Zeller
22. Juli 2013 Hermann Zeller
29. Juli 2013 Hermann Zeller

► www.spd-fraktion-tempelhof-schoeneberg.de

Kein Kavaliersdelikt

Steuerhinterziehung ist immer auch ein Akt der Entsolidarisierung

VON MECHTHILD RAWERT

Steueroasen sind Gerechtigkeitswüsten! Mit diesem Satz hat SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück kürzlich eine der Erkenntnisse aus der aktuellen Debatte um Steuerehrlichkeit und Steuerhinterziehung auf den Punkt gebracht.

Wir alle wollen ausreichend viele und qualitativ hochwertige Kindertagesstätten und Schulen für unsere Kinder und Enkelkinder. Das hier tätige Fachpersonal soll für gute Arbeit auch gut bezahlt werden. Wir wollen einen funktionierenden und gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr und Straßen für unsere Autos, wir wollen Krankenhäuser, in denen das Wohl der Patientinnen und Patienten an erster Stelle steht, wollen kulturelle Einrichtungen. Wir wollen, dass wir (möglichst ohne lange Wartezeiten) einen Reise- oder Schwerbehindertenpass ausgestellt bekommen.

Selbstverständlich reinigt die Stadtreinigung Straßen und Gehwege. Die öffentlichen Grünanlagen stehen zum Spazieren und zum Sonnen zur Verfügung. Für Sicherheit und Ordnung sorgt die Polizei. Die Feuerwehr hat 24 Stunden am Tag Bereitschaft, um bei Bränden oder Unfällen auszurücken zu können.

Wer all dieses will und wer solidarisch mit seinen Mitmen-

schen ist, der muss auch bereit sein, dafür Steuern zu zahlen! Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Nur einkommensstarke Menschen sind in der Lage, ihr Leben außerhalb der solidarischen Gesellschaft zu organisieren. In einem armen Staat bleiben diejenigen auf der Strecke, die in unterschiedlichen Lebenssituationen auf die Solidarität der Gesellschaft angewiesen sind. Und das sind auch in unserem »reichen« Land phasenweise viele.

Recht und Moral

An der Finanzierung der staatlichen Aufgaben müssen sich Unternehmen und Privathaushalte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen. Während der »Normalverdiener« und die »Normalverdienerin« keine Chance hat, Ersparnisse in Steuerparadiese zu verlagern, scheint es bei den »oberen Zehntausend« mittlerweile zum guten Ton zu gehören, sich ihren Steuerbeitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwohls zu sparen und das Geld am Fiskus vorbei zu manövrieren. Das ist nicht nur gegen das Gesetz, sondern auch unmoralisch.

Nicht alle Steuersünder müssen sich ihrer Taten bewusst sein. Sie können einem Legitimitätsirrtum unterliegen. Für diese sehr kleine Gruppe muss es die Möglichkeit geben, nachträglich durch eine Selbst-

zeige und die Nachzahlung von Steuern »steuerehrlich« zu werden. Letztlich brauchen wir aber ein System, das auch diesen Weg nur noch als eine Übergangslösung ansieht.

Wir Sozialdemokratinnen wollen national und international die Steuerfahndung ausbauen, wollen über die Grenzen hinweg den automatischen Informationsaustausch zwischen den

Banken stärken und wollen Banken, die mit Steuersündern zusammenarbeiten, die Lizenz entziehen.

Wer bewusst Steuern hinterzieht und Gelder in so genannte Steueroasen transferiert, weiß, was er tut und muss die dafür vorgesehenen strafrechtlichen Konsequenzen zu spüren bekommen. Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt! Ich habe kein Mitleid mit den Menschen, deren Namen jetzt auf den diversen Steuer-CDs auftauchen, und ich habe kein Mitleid mit denjenigen, die – von der Angst der Entdeckung gepackt – jetzt Selbstanzeigen bei den Finanzbehörden machen. Ich finde es richtig, wenn der Staat alle Steuer-CDs kauft, die er bekommen kann. Denn es geht neben der Steuerehrlichkeit auch um Steuergerechtigkeit – und es ist weder fair noch gerecht, wenn der Gesellschaft ein Steueranteil vorenthalten wird.

Nur eine gerechte Gesellschaft ist eine starke Gesellschaft

Für mich gilt: Solidarität kann nur erwarten, wer selber solidarisch mit anderen ist! Es darf nicht sein, dass die Kleinen herangezogen werden und die Großen immer wieder Auswege finden. Steuerhinterziehung muss konsequent verfolgt werden, damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat nicht verloren geht.



ZEICHNUNG: PETRA RUDOLPHI-KORTE

TSaktuell

ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Herausgeber

SPD Tempelhof-Schöneberg
Hauptstraße 100 · 10827 Berlin
Tel. 030 / 781 22 83
Fax 030 / 78 00 12 17
Mail: redaktion@TSaktuell.de
V.i.S.d.P.: Dilek Kolat

Auflage: 30.000

Redaktion dieser Ausgabe

Hans G. Kegel · Eva Liebchen
Manuela Harling · Harald Rossa
Martin Theobald · Hannelore Herlan
Frank Zimmermann · Ingo Siebert
Melanie Kühnemann

Mitarbeit an dieser Ausgabe

Christoph Götz · Mechthild Rawert
Angelika Schöttler · Jan Rauchfuß
Ingo Nürnberg · Christian Heidler
Gudrun Blankenburg · Petra Nowacki

Satz und Layout · Hans G. Kegel
Druck · Henke Priesdruck, Berlin

Fotos

© juefraphoto / © kids4pictures
© Alexander Rath / fotolia.com (S. 1)
© Fineas / fotomek /
© contrastwerkstatt / fotolia.com (S. 3)
© strixcode / fotolia.com (S. 4)
© msk.nina / fotolia.com (S. 10)

TS aktuell wird kostenlos in Tempelhof-Schöneberg verteilt.

www.TSaktuell.de

www.facebook.com/TSaktuell

Berliner Stadtblatt

Herausgeber

SPD Landesverband Berlin
Müllerstr. 163 · 13353 Berlin

Chefredakteur

Mark Rackles (V.i.S.d.P.)

Redaktion

Ulrich Horb (CvD) · Gunter Lange
Ulrich Rosenbaum · Josephine Steffen

Anschrift

Berliner Stadtblatt
Müllerstr. 163 · 13353 Berlin
Mail: info@berliner-stadtblatt.de
Internet: www.berliner-stadtblatt.de

Anzeigen

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH · anzeigen@vorwaerts.de

Die Ehe für alle öffnen!

EIN GASTKOMMENTAR
VON PETRA NOWACKI

Ich stimme Volker Kauder – dem Vorsitzenden der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion – bezüglich seiner jüngst gemachten Aussage „Die Ehe hat Verfassungsrang, der Gesetzgeber kann sie nicht abschaffen.“ einmal voll zu, und ich lobe die moderne Definition des Begriffs Ehe bei »Wikipedia«. Dort heißt es nämlich: „Die Ehe ist daher üblicherweise eine Gemeinschaft von zwei Menschen. Während sie historisch auf Mann und Frau beschränkt war, hat in der westlichen Welt mit dem Anfang des 21. Jahrhunderts eine Öffnung für gleichgeschlechtliche Paare eingesetzt.“

Ich kann jetzt im Grundgesetz wirklich nichts finden, nach dem die Mütter und Väter des Grundgesetzes die Ehe als eine Verbindung zwischen Mann und Frau definiert hätten. Die Juristen unter uns erinnern sich doch alle noch an die Karteikarten, die sie für das Examen auswendig gelernt haben, nach denen Gesetze – und damit auch das Grundgesetz – eine historische, pragmatische, systematische und wörtliche Auslegung zulassen. Also wörtlich und systematisch ist da nichts von Mann und Frau zu finden. Historisch mag das einmal auf Mann und Frau ausgelegt gewesen sein. Aber betrachtet man die historische Entwicklung, durfte unter diesem Grund-

gesetz die Ehefrau bis 1976 nur dann berufstätig sein, wenn dies mit den Interessen der Familie und des Ehemannes vereinbar war. Dem Ehemann kam das Entscheidungsrecht in allen Fragen des Ehe- und Familienlebens zu, und er hatte das Recht, die von der Frau eingegangenen Arbeitsverhältnisse (selbst gegen deren ausdrücklichen Willen) zu kündigen.

Historische Auslegungen sind also im Zuge einer sich modernisierenden Gesellschaft durchaus überwindbar. So bleibt also nur die pragmatische Interpretation. Sinn und Zweck des Schutzes der Ehe als Institution ist es, eine Verantwortungsgemeinschaft als Keimzelle in der Gesellschaft zu begründen. Damit wird auch eine ökonomische Verantwortung übernommen. Dem stehen Rechte innerhalb der staatlichen Gemeinschaft gegenüber (z. B. Ehegattensplittung). LebenspartnerInnen müssen gleiche Rechte zustehen. Das ist der Grund für die aktuelle, inzwischen ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Lebenspartnerschaft.

Die logische Schlussfolgerung kann nur sein, dass die Ehe zu öffnen ist.



Petra Nowacki ist u.a. Kreisvorsitzende der »AG Lesben und Schwule« in der SPD Tempelhof-Schöneberg und Stellvertreterin der Bundesvorsitzende der »AG der Lesben und Schwulen« in der SPD

Die »Rote Banane« wird weiter wachsen

Artenvielfalt gibt es auch mit der neuen Saatgutverordnung der EU

Artenvielfalt muss erhalten bleiben: Der Entwurf zur Saatgut-Verordnung der EU-Kommission sorgte im Frühjahr für Furor und schürte Befürchtungen, dass künftig nur noch Einheitssaaten angebaut werden dürften. Doch ein genauer Blick ins neue Regelwerk zeigt, Kleingärtner können weiterhin pflanzen und ernten, was ihr Garten hergibt

Diese Banane ist rot, ein wenig klein, länglich in der Form und keinesfalls krumm. Sie schmeckt fruchtig, doch nicht nach der gelben Tropenfrucht, sondern nach Paradiesapfel. Die Tomatensorte »Banane« ist eine sogenannte Regionalsorte, die von Hobbygärtner vermehrt und deren Samen im Tauschhandel erhältlich sind. Und so wird es auch weiterhin bleiben. Denn die neue Saatgut-Verordnung der EU-Kommission bringt Artenvielfalt und Verbraucherschutz zusammen.

Dagmar Roth-Behrendt, SPD-Europaabgeordnete und Expertin für Verbraucherschutz, erklärte, dass bei der Novelle nicht darum gehe, die Verwendung alter traditioneller Pflanzensorten in irgendeiner Weise einzuschränken. „Kleingärtner können weiterhin die Samen pflanzen, die sie pflanzen möchten. Auch werden Landwirte nicht von einer Zugangsbeschränkung zu Saatgut betroffen sein.“ Im Frühjahr sorgte die neue Verordnung für Befürchtungen bei

Landwirten und Kleingärtnern, dass sie künftig nur noch einheitliches, zertifiziertes Saat- und Pflanzgut anbauen dürften. Anlass dafür war, dass mit der Novelle auch das Registrierungsverfahren für Saatgut geändert werden soll. Kritiker der neuen Verordnungen sehen darin Vorteile für Lebensmittelkonzerne wie Monsanto oder BASF, die eher dazu in der Lage seien ein solches Verfahren finanziell und personell zu stemmen.

Eine Registrierung von Saaten ist notwendig, denn sie garantiert unter

Roth-Behrendt. Dies gelte auch und vor allem für alte und traditionsreiche Sorten. Bei diesen müsse lediglich nachgewiesen werden, dass sie bereits seit einiger Zeit angebaut werden. Zudem sei die Registrierung dieser Saatguten für Kleinunternehmen – weniger als zehn Beschäftigte und zwei Millionen Euro Umsatz im Jahr – kostenlos. „Niemand in Brüssel will die alten und traditionellen Pflanzensorten verbieten. Sie sind Teil unserer Kultur. Wir tun unser Bestes, um etwa seltene Auberginenarten zu schützen, die nur auf einer griechischen Insel wachsen“, ver-



anderem deren Keimfähigkeit sowie Schädlingsfreiheit und schreibt deren Verwendungszweck fest. Denn man kann es dem Saatgut einer Weizensorte nicht ansehen, ob es zum Backen oder als Futtermittel für Tiere taugt. „Ziel der Überarbeitung der Gesetzgebung ist eine vereinfachte Registrierung der verschiedenen Saatgutarten“, so

sichert die Europaabgeordnete. Ein wichtiges Anliegen der Novelle sei es, laut dem zuständigen EU-Kommissar Tonio Borg, dass es zusätzlich zu den nationalen Registrierungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU zusätzlich eine europäische Prozedur für den EU-Binnenmarkt aller 27 Länder geben soll.

MTH

Deine Stadt. Dein Land. Dein Pass.

Mehr Teilhabe durch mehr Einbürgerung

VON DILEK KOLAT

Von den 3,5 Millionen Berlinerinnen und Berlinern hatten im Jahr 2011 mehr als 470.000 Menschen keinen deutschen Pass. Ihr Anteil ist damit seit 1990 von 9,2% auf etwa 14% der Gesamtbevölkerung angestiegen.

Diese Zahlen alleine zeigen bereits deutlich, wie wichtig die Einbürgerung ist. Nur wer den deutschen Pass hat, kann auch gleichgestellt politisch entscheiden und sich in unserer Demokratie einbringen. Je höher der Anteil von Menschen ohne deutschen Pass ist, desto wichtiger wird also die Einbürgerung, denn nur durch ihr Stimmrecht können Menschen auch in ihrem Bezirk, unserer Stadt und unserem Land mitbestimmen.

Berlin ist Vorreiter

Zwar ist Berlin mit dem »Partizipations- und Integrationsgesetz« bundesweit Vorreiter bei der Verwirklichung der Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund. Doch ist das Wahlrecht immer noch die Grundlage für unsere Demokratie. Denn egal wie lange jemand in Berlin lebt – ohne deutschen Pass darf er oder sie sich noch nicht einmal an einem Volksentscheid beteiligen. Ziel des Senats ist es, dass möglichst



EINBÜRGERUNG JETZT | Mit solchen Anzeigen- und Plakatmotiven wirbt der Berliner Senat für mehr Einbürgerung

alle Menschen in unserer Stadt in voller gesellschaftlicher Teilhabe leben können und damit gemeinsam unsere Demokratie mitentwickeln.

Berlin ist dabei auf einem guten Weg. Lange Zeit lag die

Quote derer, die bereits mindestens 10 Jahre in Deutschland leben und sich einbürgern lassen, über dem bundesweiten Durchschnitt. Erst 2011 sank diese Quote wieder leicht unter den Durchschnitt. In Zahlen be-

deutet dies, dass sich in 2011 insgesamt 6.959 Berlinerinnen und Berliner einbürgern ließen. Die meisten davon hatten zuvor die türkische Staatsbürgerschaft (1.814), es folgten die vietnamesische (378), polnische (352) und libanesische (232). Die meisten der Eingebürgerten sind dabei sehr jung: Neben zahlreichen Minderjährigen ist vor allem die Gruppe der 18-35-Jährigen (mit 2.907 Einbürgerungen) stark vertreten. In Tempelhof-Schöneberg gab es 2011 649 Einbürgerungen.

Aktiv für Einbürgerung

Um für mehr Einbürgerungen zu werben, hat meine Senatsverwaltung die Kampagne »Deine Stadt. Dein Land. Dein Pass.« ins Leben gerufen. Auf Plakaten, im Internet, in Anschreiben und auf Bürgerämtern werben wir dafür, dass Menschen die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen. Damit zeigen wir auch, wie weltoffen Berlin ist. Wir wollen kulturelle Vielfalt in unserer Stadt. Wir wollen, dass alle Neuberlinerinnen und Neuberliner sich hier wohl fühlen und teilhaben können.

Ich weiß, dass Einbürgerung auch Fragen nach der eigenen Identität aufwerfen kann. Viele in Berlin geborene Menschen – die so genannten Optionsjünglichen – können sich nur schwer entscheiden, ob sie im Alter zwischen 18 und 23 Jahren

In Tempelhof-Schöneberg

... nimmt der Fachbereich »Wohnen und Einbürgerung« des Bezirksamtes im Rathaus Schöneberg Einbürgerungsanträge entgegen.

Öffnungszeiten:

Montag u. Dienstag 9-12 Uhr
Donnerstag 15-18 Uhr (nur für Berufstätige / SchülerInnen).
Tel. Beratung: 030/90277-6239

die deutsche oder ihre zweite Staatsbürgerschaft annehmen wollen. Denn leider ist es in Deutschland noch nicht möglich, auch zwei Pässe zu besitzen. Deshalb ist es auch dringend notwendig, dass nach der Bundestagswahl eine neue Bundesregierung endlich das Staatsbürgerschaftsrecht ändert – damit alle Menschen unserer Stadt gleichberechtigt mitbestimmen können, ohne ihre kulturellen Wurzeln aufgeben zu müssen, die sie oft auch mit einem Pass verbinden.

Die SPD ist für die doppelte Staatsbürgerschaft, wie sie in vielen anderen EU-Ländern selbstverständlich ist.



Dilek Kolat ist Berliner Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen

► www.einbuergierung-jetzt.de

SPRECHSTUNDEN

Die SPD-Abgeordneten aus Tempelhof-Schöneberg freuen sich auf ein Gespräch:

■ ABGEORDNETENHAUS

Dilek Kolat (MdB, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen) Friedenau

Termine bitte erfragen!

Luise & Karl-Kautsky-Haus, Saarstraße 14, 12161 Berlin
Bitte anmelden: 0170-241 35 13 oder m.reichardt@gmx.de
► www.dilek-kolat.com

Frank Zimmermann (MdB) Mariendorf

Mo., 10. Juni 2013, 17-18 Uhr
Mo., 12. August 2013, 17-18 Uhr

im Büro der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert, Friedrich-Wilhelm-Straße 86, 12099 Berlin-Tempelhof (nahe U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)

► www.frank-zimmermann.net

Lars Oberg (MdB) Schöneberg

Jeden Montag 16.00-17.00 Uhr im Wahlkreisbüro in der Hauptstr. 8, 10827 Berlin (nahe U-Bhf. Kleistpark).

► www.lars-oberg.de

■ BUNDESTAG

Mechthild Rawert (MdB)

Fr., 14. Juni 2013, 15.00-18.00 Uhr
Fr., 5. Juli 2013, 15.00-18.00 Uhr und nach Vereinbarung

jeweils im Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin-Tempelhof (nahe U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.), Telefonische Anmeldung bitte unter 030 - 720 13 884

► www.mechthild-rawert.de

Mit Aussicht

JVA Heidering: Neue Wege bei der Resozialisierung

Knapp vier Jahre nach dem ersten Spatenstich wurde am 21. März 2013 die neue Berliner Justizvollzugsanstalt Heidering bei Großbeeren mit einer symbolischen Schlüsselübergabe vom Stadtentwicklungssenator Michael Müller der Justizverwaltung offiziell übergeben. Justizsenator Heilmann reichte den Schlüssel an die Anstaltsleiterin Anke Stein weiter.

Die Realität

Rund 117,9 Millionen Euro sind für diese neue Haftanstalt mit 648 Plätzen für den geschlossenen Männervollzug aufgewendet worden. Die JVA Heidering ist die achte Berliner Justizvollzugsanstalt. Durch diesen Neubau sollen die zum Teil mehr als veralteten Berliner Justizvollzugsanstalten erheblich entlastet werden.

Michael Müller sagte zur Schlüsselübergabe: »Mit der JVA Heidering wurde ein Gebäude geschaffen, das mit den optimalen Arbeits- und Haftbedingungen dazu beitragen kann, dass es für möglichst viele der künftigen Insassen der letzte Aufenthalt in einer Justizvollzugsanstalt ist. Als Bauherr ist meine Verwaltung besonders stolz darauf, dass es gelungen ist, den Kosten und Terminrahmen bei einem solchen architektonisch anspruchsvollen Großprojekt einzuhalten.«

»Luxus« ist etwas anderes

Einige Berliner Medien bezeichnen die neue JVA mit Blick auf die »schöne Aussicht« aus den Hafträumen auf die ehemaligen Rieselfelder des Stadtgutes Groß-

beeren und die mit 10 Quadratmeter angeblich »sehr geräumigen« Hafträume als »Luxusknast«. Doch Luxus ist das allenfalls im Vergleich zu anderen, über 100 Jahre alten Haftanstalten in Berlin. Dort müssen Gefangene teilweise mit fünf Quadratmetern auskommen. Eine Größe, die vom Landgericht Berlin als nicht menschenwürdig angeprangert wurde.

Der normale Haftraum in der JVA Heidering ist 10,07 Quadratmeter groß. Bett, Tisch, Plastikstuhl, Schrank, Regal sowie Toilette und Waschbecken sind in den hinein gequetscht. »Großzügig« kommt so ein Raum nicht daher, in dem Gefangene oft den größeren Teil des Tages zubringen müssen. Die Aussicht ist da. Aber massive Gitter, die mit einer Feile kaum zu knacken sind, »sieben« auch auf den einstigen Rieselfeldern von Großbeeren die Luft der Strafgefangenen. Sollte es doch jemandem gelingen, dem Einschluss zu entkommen, warten auf ihn zwei massive und mit allen Überwachungsschikanen ausgerüstete 1.200 Meter lange und bis zu sechs Meter hohe Zäune, vor denen selbst trainierte SEK-Polizisten Respekt haben.

Neu ist in dieser Haftanstalt, dass Häftlinge die Wege innerhalb der Haftanstalt, z. B. zur Arbeit oder zur Schule, unbegleitet und selbstständig bewältigen müssen. Das gehört zum Konzept des Hauses: Selbstständigkeit fördern als ein wichtiges Element der Resozialisierung.

HARALD ROSSA

Die »Germanen« feiern

125. Geburtstag des Tempelhofer Fußballpioniers »BFC Germania 1888«



Die »GERMANIA« | Deutschlands ältester Fußballverein im Jahr 1891

FOTO: BSC-ARCHIV

Schon zum 100. Geburtstag wurden viele Fanartikel produziert. Das meiste liegt noch immer vor, und Dieter Kähne, 76 Jahre alt, wartet auf interessierte Kunden ...

Mit seiner inzwischen 63-jährigen Klubmitgliedschaft ist Kähne so etwas wie ein Urgestein beim »BFC Germania 1888«. Beim größten Erfolg in der Nachkriegsgeschichte, dem Aufstieg in die Amateurliga 1953, war er selbst dabei. Der BFC Südring und die Hertha BSC waren damals Gegner an der Markgrafenstraße.

Seit 1988 ist der Kunstrasenplatz in der Götzstraße die Heimstätte der »Germania«. Bis 2006 erlebte der Klub dort seine letzte Hochzeit, als er für drei Spielzeiten in der Berliner Verbandsliga weilte. Seitdem ging es bergab. Derzeit kicken die Germanen in der Kreisliga B.

Wenn man Glück hat, dann erzählt Dieter Kähne Anekdoten aus der zweiten Hälfte der

Klubgeschichte, zeigt alte Vereinszeitungen und Fotos aus seinem persönlichen Bestand. Für die erste Hälfte ist Dr. Thomas Schneider, der Vereinschronist, der beste Ansprechpartner.

Anfangs wurde noch auf dem Tempelhofer Feld gekickt und die erste – inoffizielle – Deutsche Meisterschaft errungen (1890). Mit dem Besuch des preußischen Kronprinzen 1905 auf dem Germania-Platz an der Ringbahnstraße (heute BSR) wurde der einst als »Fußlümmelei« verpönte Fußballsport endlich gesellschaftsfähig. Drei Jahre später gehörte beim ersten Länderspiel mit Torwart Fritz Baumgarten auch ein Germane der DFB-Auswahl an.

Blick zurück – und nach vorn

Auch abseits des Spielfeldes wurde viel Pionierarbeit geleistet. So engagierten sich die Sportkameraden Boxhammer, Demmler und Leux u.a. in der Verbandsarbeit, beim Stadionbau oder der Übersetzung des

Regelwerkes aus dem Englischen. Einzigartig macht die Germania aber die Tatsache Deutschlands ältester (noch existierender) Fußballverein zu sein. Die Jubiläumsfeierlichkeiten wurden im April mit einem Vereinsturnier und einer Feierstunde im Rathaus Schöneberg eröffnet. Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler und BFV-Präsident Bernd Schultz gehörten zu den Gratulanten. Ein Ballabend und ein Hallenturnier sollen noch folgen. Ob es auch noch zu einem Freundschaftsspiel gegen den 1857 gegründeten FC Sheffield kommt, dem ältesten Fußballverein der Welt, bleibt abzuwarten.

Ansonsten hat sich der familiär geführte Kiezklub in der abgelaufenen Saison mit dem Klassenerhalt selbst das größte Geschenk gemacht. In der kommenden Spielzeit will man dann nach Höherem streben ...

CHRISTIAN HEIDLER

► www.bfcgermania88.de

Tapetenwechsel für's »MOM«

Unter dem Stichwort »Tapetenwechsel« läuft zurzeit eine Spendenaktion für das am Nollendorfsplatz beheimatete Informations- und Beratungszentrum »Mann-O-Meter«.

Bereits seit 28 Jahren stehen die überwiegend ehrenamtlichen Mitarbeiter des Projekts schwulen und bisexuellen Männern unterstützend zur Seite. Dabei sollen sich Hilfesuchende und Gäste in den Beratungsräumen und im Café wohlfühlen. Damit das so bleibt, benötigt Mann-O-Meter jetzt Hilfe.

Der »Zahn der Zeit« nagt an der Einrichtung. Abgenutzte Stühle, Tische, Sofas und Jalousien müssen ersetzt werden. Die Wände brauchen einen neuen Anstrich. Doch für Renovierungsarbeiten und das Ersetzen von Möbeln dürfen die Zuwendungsmittel des Vereins nicht verwendet werden. Aus den Eigenmitteln können die Kosten ebenfalls nicht gedeckt werden. Um die Räume wieder neu und zeitgemäß zu gestalten, braucht es also privater Spenden:

Mann-O-Meter · Kto. 312 6000
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Zweck: Einrichtung

Die Spenden können beim Finanzamt steuerrechtlich geltend gemacht werden. Mann-O-Meter stellt für jede Spende eine Spendenquittung aus.

Die Spendenaktion soll im August mit einem großen Sommerfest vor dem Haus beendet werden.



► www.mann-o-meter.de

Friedrich Küter – Initiator des Volksparks Mariendorf

VON EVA LIEBCHEN

Präsident der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Tempelhof – diesen schönen Titel trug ab 1920 der ehemalige Gemeindevorsteher von Mariendorf im damaligen Landkreis Teltow nach der Bildung von Groß-Berlin und der Eingemeindung von Mariendorf in den Bezirk Berlin-Tempelhof.

1921 wurde der Sozialdemokrat Küter (geb. am 19. Mai 1879 in Stralau), gelernter Kaufmann, Stadtrat für Bauwesen im stark expandierenden Bezirk Tempelhof. Sein besonderes Augenmerk richtete er auf die Anlage von Grünflächen. Seiner Initiative verdankt Mariendorf die Verwirklichung des Volksparks Mariendorf, der am 29. Juni 1931 offiziell eingeweiht wurde.

Im ersten Bebauungsplan von 1906 war das Gebiet noch für eine Wohnbebauung vorgesehen, aber schon bald wurde an einen Gemeindepark gedacht, die ersten Grundstücke gekauft und Entwürfe für den Park ent-

wickelt. Doch der Erste Weltkrieg stoppte die Entwicklung. Und erst in den späten 1920er-Jahren nahmen die Planungen

wirkliche Gestalt an, nachdem im Rahmen eines Notstandsprogramms durch Ablagerung von Hausmüll und Aushub vom

Straßen- und U-Bahnbau eine Erhöhung des Geländes erreicht war. Insbesondere Küter forcierte die Planungen für den 13 ha großen Naturpark, der im Laufe der Zeit noch viele Veränderungen erfahren sollte, was Sportstätten, Spielplätze, Teiche und Skulpturen betrifft. Er ist bis heute ein Volkspark mit vielen sportlichen und kulturellen Aktivitäten und die größte zusammenhängende Grünfläche Mariendorfs.

Friedrich Küter wurde 1933 aller Ämter enthoben, 1944 verhaftet und im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Bei Auflösung des KZ Sachsenhausen soll Friedrich Küter mit einem Transport in das KZ Bergen-Belsen gebracht worden sein. Dort oder auf dem Transport dorthin kam er ums Leben.

Ein Gedenkstein im Volkspark Mariendorf am Eckernpfuhl (siehe Foto), an dem man mitten in der Stadt Blesshühner, Enten und Fischreiher begegnen kann, und eine Gedenktafel an seinem Wohnhaus Alt-Mariendorf 53, in dem er seit 1912 wohnte, erinnern an ihn.



Queer Walk of Fame

Am 1. Mai 2013 fand die Gründungsversammlung des Vereins „Queer Walk Of Fame Berlin“ statt. Ziel ist die Würdigung von Persönlichkeiten, die sich um die Emanzipation und

die Bürgerechte von Lesben, Schwulen und Transgendern verdient gemacht haben. Eine Gedenkmeile im öffentlichen Raum soll dafür geschaffen werden.

Hierzu erklärt der Queerpolitische Sprecher der SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg, Hermann Zeller: „Ich gra-

tuliere dem Verein zur Gründung und wünsche bei der Umsetzung der gesetzten Ziele viel Erfolg. Es liegt mir sehr am Herzen, dass Menschen, die sich trotz aller Widerstände und Demütigungen für die Bürgerrechte von Lesben, Schwulen und Transgendern stark gemacht haben, endlich angemessen

gewürdigt werden. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich ein geeigneter Ort in Schöneberg, rund um den Nollendorfkiez finden ließe, und ich sage bereits jetzt die volle Unterstützung meiner Fraktion für dieses Vorhaben zu.“

► www.queer-walk-of-fame.de

Ein Besuch, der Geschichte schrieb



JOHN F. KENNEDY | 1963 vor dem Rathaus Schöneberg

FOTO: PA/AGK

Vor 50 Jahren – am 26. Juni 1963 – kam John F. Kennedy in die geteilte Stadt Berlin. Die Menschen hatten schon sehnsüchtig auf seinen Besuch gewartet. Kennedy war der erste US-Präsident, der nach dem Bau der Mauer am 13. August 1961 nach West-Berlin kam.

Er wollte Hoffnung und Ermutigung zu den Menschen bringen. Und das tat er dann auch. Zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt fuhr er mit einem Autokorso durch den Westteil der Stadt. In mehreren Reden an unterschiedlichen Orten verdeutlichte er sein Bekenntnis zur Freiheit Berlins und zum Schutz des Westteils durch die Vereinigten Staaten von Amerika. Millionen von Menschen säumten seinen Weg. Das führte bei Kennedy zu dem Entschluss, seiner Rede vor dem Rathaus Schöneberg noch vier Worte hinzuzufügen, die die

Menschen emotional erfasste und in die Geschichte eingingen: „Ich bin ein Berliner.“

Auf dem Platz vor dem Rathaus und in den angrenzenden Straßen hatten sich 400.000 Berlinerinnen und Berliner versammelt, um John F. Kennedy und dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt zuzuhören. Auf einem eigens für den Besuch errichteten Podest sprach der amerikanische Präsident zu den Menschen – und zur gesamten Welt. Er war davon überzeugt, dass es einen Tag der Einheit und Freiheit geben würde, und er sollte Recht behalten.

Bis heute ist dieser Tag unvergessen. Nach der Ermordung Kennedys wurde der Platz vor dem Rathaus Schöneberg im November 1963 in John-F.-Kennedy-Platz umbenannt. Dies verdeutlicht bis heute, wie wichtig dieser Besuch für Berlin und für Schöneberg war.

Im Rahmen des Gedenktages am 26. Juni gibt es eine Reihe von Veranstaltungen im Rathaus Schöneberg und in ganz Berlin. Unter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit haben sich große und kleine Initiativen und Organisationen zusam-

mengefunden, um an den historischen Besuch des damaligen US-Präsidenten John F. Kennedy vor 50 Jahren zu erinnern.

Alle Informationen zum berlinweiten Festprogramm finden Sie unter ► www.berlin.de/kennedy

Ausgewählte Veranstaltungen in Schöneberg

3. bis 18. Juni 2013, Rathaus Schöneberg

Für Schulklassen: 60-minütige Filmvorführung „John F. Kennedy in Berlin“ mit anschließender spezieller Führung durch das Rathaus Schöneberg

Eine Möglichkeit, Geschichtsunterricht am Originalort zu erleben. Anmeldungen bitte an Frau Feller, Pressestelle pressestelle@ba-ts.berlin.de oder an Herrn Zöpel-Brochwitz im Büro der Bezirksbürgermeisterin: zoepel@ba-ts.berlin.de

Samstag, 22. Juni 2013, 18.00 bis 20.00 Uhr
BVV-Saal im Rathaus Schöneberg

Die »Checkpoint Charlie Stiftung« lädt ein zu einer Podiumsdiskussion mit Zeitzeugen

»Kennedys Erben: JFK's Berlin-Visite 1963 und 50 Jahre deutsch-amerikanische Beziehungen«

u.a. mit Harald Karas (Journalist und ab 1960 Leiter der Berliner Abendschau) und Anita Lochner (deutsch-amerikanische Schauspielerin und Tochter des Journalisten Robert H. Lochner, der von 1961 bis 1968 Direktor des RIAS Berlin war und mit John F. Kennedy den Satz „Ich bin ein Berliner“ übte). Anmeldung bis 19. Juni 2013 unter: projekt@cc-stiftung.de

24. bis 27. Juni 2013, jeweils von 10.00 bis 18.00 Uhr
am Rathaus Schöneberg

Zeitzeugen für Interviews gesucht!

Der Verein „Das Gedächtnis der Nation e.V.“ will die persönlichen Erinnerungen von Menschen in Videoaufzeichnungen festhalten. In einem Interview-Bus am Rathaus Schöneberg können Sie im mobilen Aufnahmestudio ihre Geschichte vom Kennedy-Besuch erzählen. Bitte melden Sie sich vorab bei der Redaktion per E-Mail info@gedaechtnis-der-nation.de oder telefonisch unter 06131 - 701 86 22 an.

BUCH-TIPP

Ursula Krechels Roman »Landgericht«

Nach mehr als 30 Büchern und vielen Auszeichnungen seit den 1970er-Jahren wurde Ursula Krechel 2012 für ihren Roman »Landgericht« mit dem Deutschen Buchpreis ausgezeichnet. Sie lebt als freie Schriftstellerin in Berlin und ist Mitglied des P.E.N.-Zentrums Deutschland und der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung.

Der Roman schildert in bewegender Weise den Versuch eines jüdischen Richters, nach seiner Vertreibung durch die Nazis und nach seiner Rückkehr ins Nachkriegs-Deutschland aus dem unfreiwilligen Asyl auf Kuba wieder Fuß zu fassen. Ein schweres deutsches Thema über einen Juristen, für dessen Schicksal man beim Lesen große Sympathie empfindet. Seine Integration in das Deutschland der Gründungsjahre einer Republik gestaltet sich tragisch. Seine versprengte Familie (die Frau blieb in Deutschland, die Kinder in England) lässt sich nicht wieder – wie erhofft – zusammenfügen. Und im Kampf um die Anerkennung in seinem Beruf als Richter erleidet er nur Rückschläge und den Verlust seiner Würde. Hinzu kommt der Kampf um einen Schadenersatz für seine von den Nazis geplünderte Berliner Wohnung. Erst 1970 erhält er eine Summe von 3.000 DM mit der diskriminierenden Mitteilung, dass nicht mehr festzustellen sei, ob es sich um eine amtliche Beschlagnahme

oder um eine reine Plünderung gehandelt habe.

In den 483 Seiten zwischen seiner Rückkehr aus Havanna und dem Entschädigungserhalt schildert die Autorin den Richter Richard Kornitzer als einen Charakter von Kohlhaas'schen Dimensionen. Die Nazizeit zieht sich als Riss durch sein Leben. Danach ist nichts mehr wie vorher, die Familie versprengt, die Heimat beinahe fremder als das verlassene Exil in Havanna. Die Gerechtigkeit, die er sucht, findet er nicht.

Ursula Krechel, Jahrgang 1947, lässt in ihrem Roman Dokumentarisches und Fiktives ineinander übergehen. Man spürt in jeder Zeile die Zuneigung zu ihren Figuren und neben der Familiengeschichte erfährt man Spannendes aus den Gründungsjahren der deutschen Republik.

EVA LIEBCHEN



Landgericht. Roman. Verlag Jung und Jung, Salzburg/Wien 2012 gebunden, 29,90 € ISBN 978-3-9902702-4-0

Senioren-Filmcafé im CinemaxX



Die beste Zeit, um großartige Kinofilme zu genießen: Das von der AWO Südwest mit initiierte »Filmcafé« – immer am 1. Mittwoch des Monats im CinemaxX am Potsdamer Platz.

Vor dem Kinofilm, der jeweils um 15.00 Uhr startet, lässt es sich ab 14.00 Uhr bei Kaffee und Kuchen leicht ins Gespräch kommen. Das nächste Filmcafé findet am Mittwoch, 5. Juni 2013 statt. Auf dem Programm steht die Vorpremiere des Films »Before Midnight« – die lang ersehnte Fortsetzung von »Before Sunrise« (1995) und »Before Sunset« (2004).

SPD lädt zum »cinéma rouge«

Die Frauen der SPD in Schöneberg laden am Samstag, 8. Juni 2013 um 13.00 Uhr (Begrüßungssekt ab 12.30 Uhr) zum »cinéma rouge« in das Xenon-Kino ein.

Mit dem Film »Kriegerin« wird vor dem Hintergrund des derzeitigen NSU-Prozesses ein aktuelles Thema aufgegriffen. Das Drama erzählt von einer »Kameradschaftsaktivistin« in Ostdeutschland, die ihre rechts-extreme Gesinnung ungehindert ausleben kann. Nach dem Film wird Dr. Eva Högl, Bundestagsabgeordnete und SPD-Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss, für eine Diskussion zur Verfügung stehen.

Die SPD Schöneberg freut sich auf einen gemeinsamen Kinobesuch! Karten zum Preis von 5,00 € können per E-Mail unter

spdschoeneberg@googlemail.com reserviert werden. Das Xenon-Kino befindet sich in der Kolonnenstr. 5-6, 10827 Berlin (zwischen Kaiser-Wilhelm-Platz und Julius-Leber-Brücke).



► www.kriegerin-film.de